

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1951

149 (28.6.1951)

NEUESTE NACHRICHTEN

Gewerkschaft warnt vor Streikparolen

Bundeswirtschaftsminister Erhard: Die Elektrizitätswerke haben nur für zwei Tage Kohlenvorräte

Essen (AP/dpa). Die Industriegewerkschaft Bergbau warnte gestern ihre Mitglieder davor, kommunistischen Streikparolen zu folgen. Wie bereits gemeldet, hatte die Delegiertenkonferenz der IG Bergbau den Streik angedroht, falls die Löhne nicht um 14 Prozent erhöht werden.

Von der Regierung wird auf die katastrophalen Folgen hingewiesen, die ein Bergarbeiterstreik für das gesamte wirtschaftliche Leben haben würde. Bundeswirtschaftsminister Erhard teilte mit, daß die Elektrizitätswerke durchschnittlich nur über Kohlenvorräte für zwei Tage verfügen. Bei der Bundesbahn, den Gas- und Wasserwerken seien Kohlen für etwa sechs Tage vorhanden.

Bundeswirtschaftsminister Professor Erhard hat die Tarifpartner des Steinkohlenbergbaus für heute vormittag zu erneuten Verhandlungen über die Beilegung des Lohnstreits im Bergbau eingeladen.

Die Vertreter der Bonner Koalitionsparteien haben dem Bundeskanzler vorgeschlagen, die Bergarbeiterlöhne um 12% zu erhöhen. Die von den Bergleuten darüber hinaus geforderten 2% sollen durch ein Festhalten des Konsumbrotpreises gesichert werden. Der Konsumbrotpreis soll dabei aus anderen Mitteln subventioniert werden. Wenn die Bundesregierung einen ent-

sprechenden Beschluß über die Stabilisierung des Brotpreises fassen sollte, dann soll dieser keine Gültigkeit mehr haben, falls die Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern scheitern. Nach Mitteilung zuständiger Stellen soll der Kompromiß die Voraussetzung schaffen, um eine Lösung des Lohnkonfliktes herbeizuführen.

Die IG Bergbau weist darauf hin, daß für einen Streik der Bergarbeiter nach den Gewerkschaftssatzungen eine Urabstimmung notwendig ist. Der Beschluß der außerordentlichen Delegiertenversammlung vom vergangenen

Dienstag, einen Streik auszurufen, wenn die Unternehmer in den nächsten fünf Tagen die verlangte 14prozentige Lohnerhöhung vom 1. Mal an nicht billigen, bilde allein keine ausreichende Grundlage für eine Arbeitsniederlegung. Sollte ein Streik stattfinden, so müßten sich mindestens 75 Prozent der Bergleute in geheimer Wahl dafür aussprechen.

Die Industriegewerkschaft Bergbau erklärte, wenn es zu einem Streik kommen sollte, so liege seine Durchführung ausschließlich in der Hand der IG Bergbau. Kommunistischen Parolen dürfe nicht gefolgt werden. Die Streikdrohung der Delegiertenkonferenz war auf Antrag des Essener kommunistischen Delegierten Bednatz angenommen worden.

Der Bundesrat rügt

Bonn (AP/dpa). Der Bundesrat wandte sich in seinen Empfehlungen zum Haushaltsplan 1951 erneut gegen einen Ausbau des Presse- und Informationsamtes, das bereits 1950 zu stark besetzt gewesen sei. Der Haushaltsplan 1951 übersteige den Bedarf erheblich.

Die Ländervertreter sprachen sich gegen die Ermäßigung des Beitrages der Bundesbahn zum Bundeshaushalt auf 50 Millionen Mark aus. Die Bundesregierung solle dafür sorgen, daß die finanziellen Belange des Bundes und die der Länder gewahrt bleiben.

Schließlich solle der Bund die Fürsorge für seine Bundesbeamten in angemessenen Grenzen halten. Der Bund gewähre seinen Beamten Erleichterungen und Leistungen, wie sie in den Ländern infolge der angespannten Finanzlage schon lange nicht mehr möglich seien.

FDJ-Zentralrat zum Verbot

Berlin (AP). Der Zentralrat der kommunistischen „Freien Deutschen Jugend“ erklärt in einer Stellungnahme zum Verbot der FDJ durch die Bundesregierung, die Organisation werde „alle legalen Möglichkeiten zum erfolgreichen Kampf gegen das Verbot ausnützen“.

Die FDJ hat sich in Westdeutschland nach Kriegsende nur langsam von Kreis- zur Landesebene entwickelt, und sich erst 1948 zu einer Zonenarbeitsgemeinschaft mit dem Sitz in Frankfurt zusammengeschlossen.

Die Gründung war von der Sowjetzone aus inspiert worden, wo sie sich bereits 1946 konstituierte. Wegen der engen Lierung mit der SED — die Jugend ist praktisch eine Jugendorganisation der Kommunisten — haben die Westalliierten, die seinerzeit noch die Verantwortung für Parteien und politische Vereinigungen in Deutschland trugen, diese Bestrebungen jedoch abgelehnt. In der Sowjetzone ist die FDP die einzige Jugendorganisation, der als Kindergruppe noch die „Jungen Pioniere“ angeschlossen sind.

Politische Uniformen sollen verboten werden

Bonn (AP). Der Rechtsausschuß des Bundeslages hat die Regierungsentwürfe zur Bekämpfung rechts- und linksradikaler Gruppen sowie der Vereinigungen, die sich nach vor den Parlamenten im Juli vom Plenum verabschiedet und wirksam werden können.

Nach Paragraph 90 des Entwurfes sollen Störungen der verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik oder ihrer Länder mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft werden.

Die sogenannten „Rückversicherer“ werden möglicherweise besonders vom Paragraphen 95 betroffen werden in dem es heißt, wer Unternehmungen oder Bestrebungen, die in der Absicht gegen die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gerichtet sind, unterstützt, könne mit Zuchthaus bestraft werden.

Die in letzter Zeit wiederholten Störungen öffentlicher Versammlungen durch radikale Organisationen sollen ebenfalls gerichtlich verfolgt werden. „Wer in der Absicht, Versammlungen, Aufzüge oder Kundgebungen zu verhindern oder zu sprengen oder sonst ihre Durchführung zu vereiteln, Gewalttätigkeiten vornimmt, androh Gefängnis bestraft.“ Auch das Tragen von Uniformen zum Ausdruck einer politischen Überzeugung soll mit Gefängnis bestraft werden.

Vorschlag für einen Waffenstillstand in Korea

Er ließ dem „International News Service“ sagen, daß seine Erklärung, die er am vergangenen Samstag abgab, keiner Erläuterung bedürfe.

Ein Sekretär der sowjetischen UNO-Delegation teilte dem International News Service im Auftrage von Malik telefonisch wörtlich mit: „Die Rede von Malik am vergangenen Samstag stellt seine Ansicht zur Koreafrage in genügend klarer Form dar.“

Amerikanischer Seelutestreck beendet

New York (AP). Der elftägige Ausdat amerikanischer Schiffsahrtsgenieure an der Ost- und Südküste der Vereinigten Staaten ist gestern beendet worden, nachdem mit den Reedereien eine Einigung erzielt wurde.

Amerikaner empfehlen Evakuierung des Ehrenmals

Berlin (dpa). Auf Grund der Zwischenfälle, die sich Anfang Juni am sowjetischen Panzer-Ehrenmal im amerikanischen Sektor Berlins ereigneten, hat der amerikanische Stadtkommandant den Berliner Vertreter der sowjetischen Kontrollkommission empfohlen, dieses Standbild aus dem amerikanischen Sektor Berlins zu evakuieren.



Kehler Rheinbrücke vor der Fertigstellung

In Gemeinschaftsarbeit von Frankreich und der Bundesrepublik wurde die neue Rheinbrücke bei Kehl (rechts) erstellt, da die jetzt vorhandene Holzbrücke sehr baufällig ist und abgebrochen werden muß. — Die alte Kehler Brücke wurde 1939 durch die Franzosen gesprengt, 1940 von Deutschland wieder aufgebaut und 1944 beim Rückzug von der Wehrmacht erneut zerstört. (dpa)

Sind politische Verbote richtig?

F. L. Mit dem Verbot der kommunistischen FDJ hat die Bundesregierung zum zweitenmal zu diesem Mittel gegriffen, nachdem anlässlich der Landtagswahlen in Niedersachsen die SA-ähnliche Selbstschutzorganisation der Partei von Doris und Remer verboten worden war. Bekannt ist ferner, daß eine der ersten Aufgaben, die das Bundesverfassungsgericht vor sich sieht, in einem Antrag der Bonner Regierung beschlossen liegt, wonach auch die SRP, also die Partei der Obengenannten, zu verbieten ist.

Mit den bereits bestehenden Verboten und mit neuen zu erwartenden, kann man sich nur unter folgenden Voraussetzungen zustimmend befassen: 1. daß ein politischer Notstand vorliegt, der an keine andere Möglichkeit denken läßt, und daß 2. die Polizei nicht über ihr Vermögen hinaus belastet werden darf.

Beide Bedingungen treffen im Augenblick zu. Auch das Jahr 1951 fällt noch nicht in eine normale Zeit. Wir haben uns zwar durch den Aufschwung nach der Währungsreform und den Segen der Marshallplanlieferungen für einige Zeit täuschen lassen, aber im Zeitalter des „Kalten Kriegs“ herrscht überall dort, wo er wütet, ein Staatsnotstand. Das gilt auch und besonders für die Bundesrepublik.

Die Polizei, sollte man meinen, wird durch diese Verbote besonders belastet. Natürlich ist das der Fall, aber es ist eine Entlastung, verglichen mit dem Zustand, wie er bis jetzt war. Da hatte die FDJ Versammlungen, die einen waren verboten, die anderen mußten daraufhin aufgelöst und diese mußten daraufhin beobachtet werden, daß nichts Verbotenes geschah. Bei einem allgemeinen Verbot muß die Polizei auch noch alle Möglichkeiten, die sie weiß, zu klären, was von ihr verlangt wird und was sie nicht tun darf. In der Bundesrepublik fordert der ihr nichts Unmögliches. Das ist aber dann der Fall, wenn der Sicherheitsdienst selbst entscheiden soll, was verboten ist und was nicht. Dazu bedürfte es einmal einer strafbarer Organisation, zum anderen einer politisch besser geschulten Polizei. Die haben wir zur Zeit nicht, noch nicht. Und mit einer politischen Polizei, die schnüffelt, wollen wir uns nicht befreunden. Dann schon lieber solche Faustregeln, wie diese Verbote.

Aber die richtige Lösung ist das nicht. Sie ist verständlich für die Anhänger eines Remers und des Bolschewismus, denn deren Vorbilder machten es nicht nur genau so, sondern haben es viel, viel schlimmer gemacht und tun es noch. Wer aber aufrichtig demokratisch denkt, kann sich damit nicht befreunden.

Zwischen Verbot einer Organisation und dem Verfall einer Gesinnung, die sich in ihr kundgibt, besteht leider ein zu schmaler Übergang, der sich zu schnell verwischen kann. Daß man Organisationen, wie die Remers und dem deutschen Kommunismus verbietet, dem deutschen Demokrat nicht nachzutruern; braucht ein Demokrat nicht nachzutruern; denn sie haben mit Demokratie nichts, aber auch gar nichts zu tun. Daß aber daraus die Niederknüppelung von Menschen werden könnte, nur deshalb, weil sie Gesinnungen hegen, die anders sind als die der Demokratie, das kann einem Demokraten, wenn das zu befürchten steht, betriben.

Denn Gesinnungen zu verbieten, das wäre eine Dummheit, die auch ein demokratisches Staatswesen so wenig ungestraft begehen kann wie eine Diktatur, sei sie von Hitlers, Remers oder Stalins Gnaden. Gesinnungen stammen aus Ideen und in deren Bereich herrscht Gedankenfreiheit. Da kann nicht der Gummiknüppel siegen, sondern nur der bessere, achtbarere und fruchtbarere Gedanke. Hat man aber einmal die Polizei auf eine politische Fährte gesetzt, dann besteht zu sehr die Gefahr, daß der Pfiff des Jägers den nicht gut instruierten Jagdhund nicht mehr zurückrufen kann.

Polizeilich verbieten kann und muß man in der Demokratie eigentlich nur folgendes: daß einer aus einer bestimmten Gesinnung heraus durch Gewalt veranlaßt, anreizt, aufruft oder diese gegen andere ausübt. Daß er aber so gesinnt ist und sich deshalb mit seinesgleichen

zusammen tut, das dürfte, auch was das letztere anbelangt, in einem demokratischen Staatswesen unter normalen Verhältnissen nicht verboten werden. Leider haben wir aber keine ruhigen Zeiten und leider muß die Demokratie im Augenblick noch zu solchen Requisitionen des Polizeistaats greifen, wie es die in Frage stehenden Verbote sind.

Das kann aber auch noch eine andere Gefahr im Gefolge haben. Gewöhnt sich einmal eine Regierung daran, den starken Arm der Polizei für ihre politische Staatsform zu Hilfe zu rufen, dann kann das leicht zum Linsengericht werden, mit dem sie ihre demokratische Erstgeburt verkauft. Denn es regiert sich sehr schwer in einer Demokratie, aber im Anfang sehr leicht in einem Polizeistaat, und die Versuchung ist deshalb für jeden groß, auch für den demokratischen Politiker.

Es wird so schon viel zu viel zum Nachteil der Schwachen regiert. Wie hätte man es sonst wagen können, einen Teil der Rentner mit 3 DM abzuspensen, einem anderen die einige Male versprochene Erhöhung bis jetzt vorzuenthalten und in der Gehaltsanhebung sogar einen Unterschied zu machen zwischen Pensionären und in Tätigkeit befindlichen Beamten! Wenn das schon auf diesem Gebiet geschehen! Wie die Armen, Alten, Witwen und Waisen nicht mehr so aktiv, so aggressiv und so mächtig sind, wie die organisierten, kräftigeren und lebensmühtigeren der noch in Amt und Würden Befindlichen, wie kann das erst werden, wenn sich der Staat bei seinen politischen Auseinandersetzungen an die Polizei gewöhnt! Dann besteht nämlich die Gefahr, daß jede politische und soziale Auseinandersetzung und jeder aus Gründen der Teuerung oder sonstwie entstehende Tumult in das politisch Verbote verdrängt wird.

Diese Gefahr müssen wir rechtzeitig sehen. Wir sagen deshalb folgendes: Einem Staatsnotstand, der nicht zu breiten ist und der solche Verbote, wie die erwähnten, rechtfertigt, müßte eine Regierung der nationalen und demokratischen Sammlung entsprechen. Die haben wir aber zur Zeit leider nicht. Es müßte deshalb von seiten der Regierungskoalition und der Opposition alle Anstrengungen gemacht werden, damit diese zustande kommt. Dann kann die Demokratie erfolgreicher und dadurch ansprechender und die Sorge bezüglich des Polizeistaats geringer werden.

Neues in Kürze

Washington (AP). Die amerikanische Regierung hat in Prag scharfen Protest gegen die weitere Inhaftierung der beiden Fliegeroffiziere eingelegt, die am 8. Juni mit ihren Düsenjägern in der Nähe der tschechischen Hauptstadt gelandet waren und seitdem festgehalten werden.

London (dpa). Der britische Außenminister Morrison wird in Zukunft nach eigenem Ermessen über die Begnadigung von Personen entscheiden, die wegen Kriegsverbrechen von britischen Militärgerichten in Deutschland verurteilt wurden.

Paris (dpa). Auf die von der Bundesregierung der Hohen Kommission überreichten Saarnote sei noch keinerlei Antwort erfolgt, erklärte der Sprecher des Quai d'Orsay. Im Augenblick werde noch geprüft, ob überhaupt eine Antwort notwendig sei und in welcher Form diese gegebenenfalls erfolgen solle.

Bonn (AP). Der Bundesrat schloß sich dem Beschluß des Bundestages an, in dem die Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Fall Dr. Kemnitz ersucht wird, bei dem amerikanischen Hohen Kommissar Verwahrung gegen die Eingriffe in die deutsche Rechtspflege einzulegen. Bei der Abstimmung enthielt sich nur das Land Südbaden der Stimme. Der Bundesrat nahm ferner das Gesetz zum Schutz der persönlichen Freiheit an, das Menschenraub mit Zuchthausstrafen ahndet.

Vorbedingungen zum Schumanplan

Ratifizierung durch den Bundestag nicht vor September

Drahtbericht unserer Bonner Redaktion

Bonn. Der Bundesrat beschloß gestern zum Schumanplan, daß vor der Ratifizierung eine verbindliche Zusage aller in Frage kommenden ausländischen Mächte darüber vorliegen müßte, daß die Ruhrbehörde, die alliierte Kohle- und Stahlkontrollgruppen, die Eingriffsbefugnisse der alliierten Sicherheitsbehörde in die Kohle- und Stahlwirtschaft und die Beschränkung der Stahlerzeugung mit dem Inkrafttreten des Schumanplans fortfallen. Ebenso müsse eine befriedigende Regelung über die Verbundwirtschaft und den Kohleverkauf getroffen werden.

Der Bundesrat hat damit, wie Präsident Erhard sagte, weder Nein zum Schumanplan gesagt noch ein Ja ausgesprochen. Er wird vielmehr seine endgültige Entscheidung erst fällen, wenn dieser Gesetzentwurf über die Ratifizierung, der jetzt an den Bundestag geht, nach der Beschlußfassung des Bundestages wieder an den Bundesrat zurückgeht. Damit soll, wie Sprecher des Bundesrats betonten, genügend Zeit für die Bundesregierung gegeben sein, vor der parlamentarischen Entscheidung über die Ratifizierung diese Vorbedingungen für eine Zustimmung zu klären.

Ministerpräsident Arnold hat Bedenken

Vor allem Ministerpräsident Arnold von Nordrhein-Westfalen wies darauf hin, daß bei aller grundsätzlichen Bereitschaft zur Realisierung Europas noch viele Fragen hinsichtlich dieses zwar nicht idealen, aber annehmbaren Vertrages zu klären seien, nämlich die Aufhebung der Ruhrbehörde, die Beibehaltung der Verbundwirtschaft von Kohle und Eisen und die einheitliche Stahlerzeugung. Denn nach Ansicht Arnolds könne nicht von apriorischer Seite der deutschen Wirtschaft Bleiplatten in die Satteltaschen gelegt werden, wenn sie reiten sollte.

Ölförderung wurde teilweise eingestellt

Britisches Personal will nicht für Persien weiterarbeiten

Abadan (AP/dpa). Der britische Botschafter teilte gestern in Teheran mit, daß die Pumpen auf dem Ölfeld bei Agadschai Agha Jari, etwa 150 km nordöstlich von Abadan, stillgelegt worden sind, da die Vorratstanks der Ölraffinerie in Abadan randvoll seien und die Tanker der englischen Gesellschaft angewiesen worden sind, aus dem persischen Ölfeld auszuliegen. Man schätzt, daß die Ölraffinerie in Abadan noch ungefähr 10 bis 14 Tage weiterarbeiten kann.

Der britische Kreuzer „Mauritius“ hat gestern in irakischen Gewässern, nur wenige hundert Meter von der Raffinerie von Abadan entfernt, Anker geworfen.

Australien, Neuseeland, die Südafrikanische Union und die britische Kronkolonie Südrhodesien haben sich verpflichtet, Großbritannien Truppen und Waffen zur Verteidigung der Ölfelder im Mittleren Osten im Falle eines Angriffs zur Verfügung zu stellen. Der Beschluß kam auf der seit vergangenen Donnerstag in London tagenden Geheimkonferenz der Verteidigungsminister der britischen Commonwealth-Staaten zustande.

Angebot der Perser abgelehnt

Das britische Personal der englisch-persischen Ölgesellschaft lehnte gestern das Angebot der persischen Regierung, in der nationalen Ölgesellschaft unter den gleichen Bedingungen weiterzuarbeiten, einmütig ab. Die Engländer erklärten den Persern, sie seien nicht in der Lage und auch nicht gewillt, innerhalb des verstaatlichten Ölkonzerns weiterzuarbeiten.

Attlee besprach sich mit Churchill

Premierminister Attlee besprach sich gestern mit dem Führer der Opposition im Unterhaus, Winston Churchill, in einer geheimen Sitzung über die kritische Lage in Persien. Churchill bat während der Unterhausdebatte über die persische Frage den englischen Ministerpräsidenten um eine Unterredung.

Württemberg-Baden nahm keine Stellung

Rheinland-Pfalz, Württemberg-Hohenzollern und Südbaden erklärten dabei, dem Schumanplan grundsätzlich zuzustimmen, wobei sie aber auch für die Vorbedingungen eintraten. Württemberg-Baden gab keine Erklärung ab. Der Kanzler, der der Debatte beiwohnte, begnügte sich mit dem Hinweis darauf, daß nicht der Schumanplan die alliierten Maßnahmen zur Entflechtung bewirke, sondern im Gegenteil diese Maßnahmen durch den Schumanplan sehr gemildert werden würden.

Die Vorlage geht jetzt an den Bundestag, der aber dieses Gesetz nicht mehr vor seiner Sommerpause verabschieden kann, so daß die Ratifizierung des Schumanplanes frühestens im September geschehen kann.

Die Vereinigten Staaten haben am Mittwochabend die persische Regierung noch einmal dringend ersucht, ihr Vorgehen im Ölfeld mit Großbritannien einer Prüfung zu unterziehen und alles zu tun, um die Ölförderung und -verschiffung zu sichern. Die Vereinigten Staaten seien fest überzeugt, daß die Grundlage für ein Übereinkommen gefunden werden könne. Wenn dieses Abkommen auch noch nicht langfristig sein werde, so sei doch sicher eine Übergangsregelung möglich, die den britischen Technikern die Weiterarbeit erlaube, wodurch die Ölproduktion sichergestellt werde.

Verhandlung auf direktem Wege

Washington (AP). Der amerikanische Außenminister Acheson erklärte gestern, die Regierung der USA versuche auf dem „direktesten Wege, der möglich ist“, von der Sowjetunion eine genaue Erklärung des Waffenstillstandsvorschlages des sowjetischen UN-Delegierten Malik zu erhalten.

Der Außenminister wies damit offensichtlich auf den Besuch des US-Botschafters in Moskau, Alan Kirk, bei dem stellv. sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko hin. Kirk sprach am Mittwochmittag gleich nach der Ankunft Gromykos aus Paris im Kremlin vor. Die Unterredung dauerte 20 Minuten. Über ihren Inhalt ist nichts bekannt.

Acheson betonte, daß die beste Garantie für einen Waffenstillstand ein Rückzug der Chinesen hinter den Jalu sei. Dem könne dann Zug um Zug der Rückzug aller ausländischen Truppen aus Korea folgen. Wenn die Kämpfe nach erfolgreichem Abschluß eines Abkommens jedoch erneut aufleben sollten, dann sei der Weltfrieden tödlich bedroht. Ein allgemeiner Konflikt sei dann zu erwarten, der zu einem neuen Weltkrieg führen müsse.

Der sowjetische UNO-Delegierte, Jak. Malik, brach am Mittwoch sein Schweigen zu dem

Zum Tage

Die Probe aufs Exempel

Ein alarmierender Vorgang: Die Delegiertenkonferenz der IG. Bergbau verweigert ihre Zustimmung zu dem unter Vermittlung der Bundesregierung von dem Vorstand der Gewerkschaft abgeschlossenen Lohnabkommen über eine 12prozentige Lohn- und Gehaltserhöhung, besteht auf den ursprünglich geforderten 14 Prozent und droht mit Streik. Der Vorsitzende der Tarifkommission der IG. Bergbau gab in seinem Bericht, daß die Forderung auf 14 Prozent sich im Hinblick auf die neuesten Indexzahlen als „leicht überzogen“ erwiesen habe, d. h. also etwas zu weit gegangen sei; die 12 Prozent entsprächen etwa den tatsächlichen Verhältnissen, und der Bergarbeiterlohn halte auch so die Spitze. Auch früher seien Forderungen nicht restlos durchgebracht worden. Trotzdem stimmte eine Mehrzahl der Delegierten für den von einem kommunistischen Delegierten eingebrachten Ablehnungsantrag. Das wäre also ein weiterer Fall, daß radikale Strömungen in gewissen Kreisen über Gewerkschaftsleitungen hinweggehen. In Württemberg-Baden ist das auch zu erfahren gewesen. Daß gerade der Bergbau ein besonderer Ansatzpunkt für kommunistische Wählerarbeit ist, weiß man; sie zeigte sich besonders während des Winters anlässlich der zusätzlichen Sonntagsschichten, und sie hat leichtes Spiel angesichts der unglücklichen Kohlenlöhne der Ruhrbehörde. Man muß alle diese Dinge in ihren vielfachen Verflechtungen sehen. Nun müßte freilich erst eine Urabstimmung eines Streikbeschlusses stattfinden. Jedenfalls sieht sich die Gewerkschaftsführung vor der Aufgabe, die Bergarbeiter über ihre wahren Interessen aufzuklären und für die von ihr selbst als richtig anerkannte Linie Zustimmung zu schaffen. Das ist wohl die schwerste Aufgabe, die im Sinn einer den Lebensinteressen des ganzen Volkes Rechnung tragenden Gewerkschaftsführung seit langem gestellt worden ist. a. n.

Große Sterne — kleine Rationen?

Es ist ein Kreuz mit dem Orden. Nicht bei uns etwa U n s haben die massiven Mahnungen der Alliierten nur die Kehrseite der Medaille gezeigt. Aber in Italien beispielsweise, hat sich jetzt eine Interessengemeinschaft der Ritterorden gebildet, die den Staat dafür haftbar machen will, daß er ihnen das Recht und die Ehrenmedaille der Ordensverleihung abgenommen hat. — 90 000 Lire für einen Ritterschlag! Das war kein Pappenstiel. Auch anderswo wird die Ehre nicht verschenkt. So ließen es sich die Bürger von Cap d'All an der Riviera mit soliden Pfennern aufwiegen, ehe sie den britischen Presselord Beaverbrook zum Ehrenbürger ernannten. Im Zeichen der allgemeinen Remilitarisierung läßt sogar das belgische Budget erkennen, was man für solche Ausrüstung übrig hat. 85 000 belgische Francs sind im Jahre 1951 für Juwelen vorgesehen, welche dann die Orden garnieren sollen — mit Schwertern und Brillanten? — Es ist alles schon einmal dagewesen. Sogar das Mutterkreuz. Und weil der Zweck auch die Orden heiligt und weil auch die bevölkerungspolitischen Blindgänger wieder zu Kreuze kriechen sollen, feierte es seine Auferstehung. Diesmal in der UdSSR. Dort wird es in Rot und auf laufenden Bande verliehen 35 000 „Heldenmütter“ mit zehn und mehr Kindern wurden dieser Tage damit ausgezeichnet, nachdem es — im Zeichen des toten Klassenkampfes — vorher schon mehr als 3 Millionen Frauen in den beiden weniger erfolgreichen Klassen der „Muttermedaille“ und der „Ehrenmuttermedaille“ errungen haben. Mutter — Ehrenmutter — Heldenmutter! Das ist der Aufstieg in der proletarischen Gesellschaft. Große Sterne — kleine Rationen für Mütterchen Rußland? —my

Ein beachtenswertes Urteil

Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten bestätigte vor einigen Tagen, das im Herbst des Vorjahres gegen führende amerikanische Kommunisten ausgesprochene, auf mehrjährige Gefängnisstrafen lautende Urteil. Ein Dreivierteljahr hat sich die oberste juristische Instanz der USA mit diesem Fragenkomplex beschäftigt. Das spricht dafür, daß sorgfältige und gründliche Überlegungen angestellt worden sind, ehe man sich entschloß, das Urteil zu bestätigen. Das seinerzeitige Urteil lehnte sich nämlich sehr stark an die sog. Smith-Act an, die im Kriege angenommen wurde, deren Verfassungsmäßigkeit jedoch immer wieder angezweifelt worden war. Sie besagt nicht weniger, als daß die in der Verfassung garantierte Rede- und Pressefreiheit eingeschränkt werden könne, falls sie u. a. dazu ausgenutzt werde, den gewaltsamen Sturz der Regierung zu propagieren. Mit der Bestätigung des Urteils

wurde nunmehr die Verfassungsmäßigkeit dieses Gesetzes ausgesprochen. Das Gericht erklärte in seiner Begründung, daß die in der Verfassung garantierte Rede- und Pressefreiheit keine unbeschränkte Freiheit gewähre. Wenn das Ziel die gewaltsame Beseitigung der Regierung sei, so sei dies ein hinreichender Grund, die Rede- und Pressefreiheit zu beschränken. Man könne der Regierung schließlich nicht zumuten, den Vorbereitungen zu einem Umsturzversuch zuzusehen und abzuwarten, bis das Signal zu einer Gewaltaktion gegeben werde. Die amerikanische Regierung selbst hat nunmehr eine gesetzlich einwandfreie Basis, gegen umstürzlerische Bewegungen scharfer als bisher vorzugehen. Daß sie davon Gebrauch machen wird, geht allein schon daraus hervor, daß sie unmittelbar nach Bestätigung des Urteils weitere führende Kommunisten in Haft nehmen ließ. Zweifellos wird sich die amerikanische Justiz bemühen, auch eine rechtliche Handhabe zum Vorgehen gegen die sog. fellow-travelers zu finden, die meist aus der Intelligenzschicht stammen, oft wichtige Positionen beherrschenden Freunde der Kommunisten. Es wird einige Zeit vergehen, bis man die roten Läuse aus dem amerikanischen Pelz entfernt haben wird. Schließlich gehörte es vor noch nicht allzulanger Zeit zum guten Ton und sicherte gute Positionen, wenn man nachweisen konnte, daß man ein guter Freund Moskaus ist. —er

Verteidigungsbeitrag in neuer Phase

Drahtbericht unseres Bonner Dr. A. R.-Redaktionsmitglieds

Bonn. Das nachdrückliche Ansprechen der Frage des deutschen Verteidigungsbeitrages in den letzten Reden des Bundeskanzlers wird in Bonn allgemein als entscheidendes Anzeichen für die Aktualisierung dieser Frage angesehen. Die Phase des einhaltenden Tempos, die während der Pariser Vorkonferenz und vor den französischen Wahlen zu verzeichnen gewesen war, scheint nach der Auffassung in Bonn beendet und von einer neuen Phase abgelöst zu werden, in der endgültige Entscheidungen reifen können.

Allerdings kann die Periode des Zeitlupentempos nicht durch eine des Blitztempo abgelöst werden. Vor jeder deutschen Entscheidung steht zuerst die Beschlußfassung der Alliierten, die vielleicht auf der Tagung der Außenminister des Nordatlantikkonferenz im Juli fallen soll, die jedoch ihre großen Schwierigkeiten noch bringen wird. Denn unverkennbar besteht auf der französischen Seite die Absicht, nochmals das Projekt des Plevenplans auf dieser Konferenz aufzuwerfen und die Verwirklichung des deutschen Verteidigungsbeitrages in dieser Form zu verlangen, die auf der deutschen Seite keinen Anklang gefunden hat.

Pariser Besprechungen keine Geheimkonferenz

Die Pariser Besprechungen über den Plevenplan, die entgegen den Meldungen keineswegs eine Geheimkonferenz waren, haben zu keiner Verständigung geführt, da die grundlegende Konzeption dieses Plans, die Eingliederung deutscher Verbände nur in der Form der „Kampfgruppen“ in die atlantische Armee in Bonn für aus militärischen und politischen Gründen gleichmäßig verfehlt betrachtet wird. Die Franzosen scheinen aber nunmehr nicht auf diesen Gedanken verzichten zu haben, sondern vielmehr entschlossen zu sein, ihn als die „französische These“ des deutschen Verteidigungsbeitrages der von ihnen als der „deutschen These“ bezeichneten Konzeption der Aufstellung deutscher Divisionen mit taktischer Luftwaffe entgegenzustellen. Man hat in Bonn zwar nicht den Eindruck, daß es sich in dieser

Hinsicht nur um eine „deutsche These“ handle, sondern glaubt, daß großes Verständnis für die deutsche Auffassung zumindest bei den Amerikanern gestiftet zu sein, so daß sich dieser Plan bei der Atlantikpakt-Konferenz als die „amerikanische These“ erweisen könnte.

Nach der alliierten Beschlußfassung wird erst die deutsche zu erfolgen haben. Abgesehen von der klaren Ablehnung jedes Beitrages in Form von Kampfgruppen, hat der Kanzler, wie in Bonn sehr hervorgehoben wird, sehr nachdrücklich die gleichberechtigte Partnerschaft und das Ende jeder deutschen Diskriminierung neben der beträchtlichen Verstärkung alliierter Truppen in Westdeutschland als die Voraussetzungen der Verwirklichung eines deutschen militärischen Beitrages dargelegt. So stehen auch die Beratungen über die Ablösung des Besatzungsstatus mit der deutschen Entscheidung über die Aufstellung deutscher Verbände in einem unlöslichen Zusammenhang, der auf der anderen Seite nach den Eindrücken in Bonn nicht immer klar gesehen zu werden scheint. Denn sonst wäre es unmöglich, daß im Westen so viel von einer Aktivierung des deutschen Verteidigungsbeitrages, aber ebensoviel davon die Rede ist, daß die Ersetzung des Besatzungsregimes noch viel Zeit beanspruchen werde. Sogar die prinzipielle Erklärung über die Herstellung eines neuen Verhältnisses zur Bundesrepublik wird als noch fraglich bezeichnet, obwohl sie seit vielen Monaten schon ein dringender Wunsch des Kanzlers an die Alliierten ist. Denn Dr. Adenauer weiß, daß das Parlament niemals einem deutschen Verteidigungsbeitrag zustimmen wird, wenn er als weitere Vorleistung der deutschen Seite auf eine nur in Aussicht gestellte und nicht grundsätzlich deklarierte große Revision des deutsch-alliierten Verhältnisses vorgeschlagen werden sollte.

Was tut die Sozialdemokratie?

Auch die Regierungsparteien würden in einem solchen Fall nicht zustimmen, wenn auch bei der hohen Behörde, die Liste der offiziellen Verhandlungssprachen und die Beziehungen der Schumanplan-Behörde zur OEEC und ECA erörtert.

Tiko-Wiesloch

Karlsruhe (BNN). Zu neuerlichen Veröffentlichungen zum Fall der Tiefkühlkonservenfabrik Bronner & Heuß Nachf. in Wiesloch gibt die Badische Bank Erklärungen, die nicht wesentlich Neues über das von uns hierzu schon Mitgeteilte (BNN vom 20. 6.) enthalten. Es wird erneut betont, daß nach den heutigen Feststellungen der möglicherweise für die Bank eintretende Verlust keinesfalls auf die annähernd die Gesamtsumme der gegebenen Kredite erreichen werde und daß die ihr etwa erwachsenden Verluste beim Umfang und bei der Ertragslage ihres Geschäftes keineswegs eine Gefährdung darstellen. Zur Zeit laufen noch nach verschiedenen Seiten hin Verhandlungen um eine Weiterführung des Tiefkühlunternehmens und eine Weiterbeschäftigung ihrer etwa 200 Arbeiter.

KP-Demonstrationen verboten

Paris (AP). Die für den 15. Juli in Paris geplante „Massenfriedenskundgebung“ der kommunistischen Partei Frankreichs ist gestern verboten worden. Der Beschluß wurde vom gesamten französischen Kabinett im Beisein des Staatspräsidenten Auriol gefaßt.

Das KP-Parteiorgan „Humanité“ hatte zuvor berichtet, es seien bereits 100 000 Delegierte aus ganz Frankreich zur Teilnahme an diesem Treffen ausgewählt worden, und weitere Hunderttausende würden folgen. Bei Verstößen gegen das Demonstrationsverbot war es in letzter Zeit wiederholt zu Zwischenfällen und Verhaftungen von Kommunisten gekommen.

Schumanplan-Ausschuß schließt Beratungen ab

Rom (dpa). Der Interimsausschuß der sechs Schumanplan-Länder schloß am Mittwoch seine Beratungen in Rom ab. Während der dreitägigen Sitzung wurden die Frage des Sitzes

Generalmajor Remer erhält keine 450 DM

Übertriebene Vorstellungen über eine zu großzügige Versorgung der alten Militärs

33 Jahre alt) lediglich 164 DM im Monat befragen

Remer kann nach dem angeführten Gesetz keine Pension erhalten. Denn Ruhegehalt bekommt nur der Versorgungsberechtigte, der das 65. Lebensjahr beendet hat oder am 3. 5. 1945 dienstunfähig war. Beides trifft für Remer nicht zu.

Das Pensionsalter eines Oberleutnants, wofür 450 DM monatlich zu beanspruchen sind, besitzen nur Berufssoldaten, die bereits im ersten Weltkrieg Offizier geworden sind, 30 Dienstjahre nachweisen können und zuletzt Oberst oder General waren. Das sind aber nur wenige. Remer ist aber 39 Jahre alt, war also bereits mit 32 Jahren Generalmajor geworden und käme auch deshalb nicht in Betracht.

Das Übergangsgehalt kann aber auch nur der erhalten, der keine sonstigen Einkünfte hat, so daß anzunehmen ist, daß Remer zunächst überhaupt keinen Anspruch auf Zahlungen nach dem 131er-Gesetz hat. (In dieser Hinsicht müssen die anderslautenden Ausführungen zu Remer in Nr. 124 unserer Zeitung vom 30. 5. d. J. berichtigt werden. Die Red.)

Ein Vergleich des Remerschen Übergangsgelds mit dem Witwenpensionen der vom „Führer“ des Reiches ihrer Männer beraubten Frauen des Marschall Rommel und des Obersten Graf Stauffenberg erhärtet die Tatsache, daß die Ruhegehälter der außer der Reihe beförderten, verhältnismäßig jungen Offiziere nicht übertrieben hoch sind. So erhält Frau Rommel 336 DM im Monat und die Frau Stauffenberg dürfte, da ihr Mann in sehr jungem Alter sein Leben anlässlich des Attentats vom 20. Juli 1944 beendete, kaum mehr als 250 DM beziehen.

Auch der etwa 2000 DM monatlich betragende Ruhegehalt des Marschalls Rundstedt könnte zu Mißverständnissen über die Generalpensionen führen. Rundstedt ist mit Abstand der dienstälteste General der Wehrmacht, der entsprechend den ihm ranglich gleichgestellten Staatssekretären auf besondere Zulagen Anspruch hat. Die Mehrzahl der noch lebenden Generalobersten und Generale der Infanterie, denen seit 1933 nur eine Beförderung alle sechs Jahre anerkannt wird, dürfte etwa 800—1300 DM und die Masse der ehemaligen Generalmajore etwa 500—600 DM erhalten.

Der Tod machte auch vor Generälen nicht halt

Dazu ist zu bedenken, daß der Tod unter den Generälen des zweiten Weltkrieges eine furchtbare Ernte gehalten hat. 1939 umfaßte die Rangliste etwa 400 Generäle und 1945 insgesamt 1248. 200 sind gefallen und 328 vermißt, tödlich verunglückt, hingerichtet oder haben durch Selbstmord geendet.

Die Erbitterung unter den alten Offizieren findet vor allem Nahrung dadurch, daß ihr Ruhegehalt durch das „131er-Gesetz“ erheblich unter den der im Rang gleichgestellten zivilen Beamten gedrückt worden ist. So erhalten ein Oberpräsident der Gehaltsgruppe B 3a: 1612,50 DM und der ihm gleichgestellte Generaloberst etwa 650— DM; ein Ministerialdirektor der Gruppe B4: 1300 DM und der ihm gleichgestellte Generalleutnant nur etwa 650 DM; ein Ministerialdirektor der Gruppe B7a: 1090 DM und ein Generalmajor nur etwa 550 DM.

Es ist natürlich schwer, die Öffentlichkeit für eine Korrektur dieser Benachteiligung zu erwärmen. Man muß aber davor warnen, die Abneigung der Weimarer Republik gegen das Berufsdatentum zu wiederholen und die wertvollen Kräfte des alten Heeres, wie z. B. die Generale Speidel, Heusinger, Hobbach, Mantuffel und Linde in das andere Lager zu treiben. Ein Teil von ihnen hat nicht nur den Weg zu Dr. Adenauer, sondern auch den persönlichen Kontakt zum Oppositionsführer Dr. Schumacher gefunden.

Selbstverständlich werden wir uns in Existenzfragen der Bundesrepublik niemals mehr von der deutschen Generalität wie zur Zeit des Reichwehrgenerals Kurt Schleichers Diktate machen lassen. Dagegen dürfte eine Überprüfung gewisser Härten des „131er-Gesetzes“ anlässlich der in Arbeit befindlichen Novelle zum Beamtengesetz im Interesse beider Teile gelegen sein.

Polizei-Oberst a. D. Dr. Schützing-Bonn.

Landtagsdebatte wegen eines Zeitungsartikels

Gesetzentwurf über Schulanfang an den Kulturausschuß

Von unserer Stuttgarter Redaktion

Stuttgart. Noch ehe der Landtag auf seiner gestrigen Sitzung überhaupt zur Tagesordnung übergegangen war, löste eine von Präsident Keil verlesene Erklärung der SPD-Fraktion eine lebhafteste Südwestdebatte aus. Sie war durch einen in einer Stuttgarter Zeitung veröffentlichten Artikel ausgelöst worden, in dem behauptet wurde, „in politischen Kreisen sei der Vollzug des Bundesgesetzes vom 4. 5. 1951 zur Durchführung der Neugliederung der südwestdeutschen Länder neuerdings im Hinblick auf den Termin der Volksabstimmung vom 18. 9. 1951 als nachprüfungsbedürftig bezeichnet worden.“ Die SPD legt Wert auf die Feststellung, daß sie nach wie vor eine baldige Abstimmung für geboten hält.

Abgeordneter Dr. Werber (CDU) äußerte den Verdacht, daß gewisse Stuttgarter Kreise nicht mehr so fest an den Erfolg ihrer Sache glauben. Innenminister Ulrich erklärte, daß man die Volksabstimmung zu dem festgesetzten Termin durchführen wolle.

Abgeordneter Alex Möller (SPD) wies, zu Dr. Werber gewandt, darauf hin, daß Südbaden das Bundesverfassungsgericht angeufen habe und damit bei der gegenwärtigen Situation den Abstimmungstermin gefährde. Abge-

ordneter Dr. Hausmann (DVP) begrüßte den Artikel in der Stuttgarter Zeitung mit der Begründung, man dürfe Freiburg nicht die Handhabe bieten sich vor eine vollendete Tatsache gestellt zu sehen. Abgeordneter Kühn (CDU) bezeichnete den Artikel als „eine kapitale Dummheit erster Klasse“. Dr. Werber und Abgeordneter Kühn stellten die Frage, warum man jetzt erst und nicht schon zu einem früheren Zeitpunkt in Bonn auf eine möglichst rechtzeitige Konstituierung des Verfassungsgerichts gedrängt habe. Innenminister Ulrich erklärte darauf, für die Konstituierung des Verfassungsgerichts sei nicht die württemberg-badische Regierung, sondern Bonn verantwortlich.

Im weiteren Verlauf der Sitzung verwies das Plenum den Gesetzentwurf über Schulanfang und Beginn der Schulpflicht an den Kulturausschuß.

Der Antrag des Finanzausschusses auf Vorwegbilligung eines Betrages von 523 000 DM zum Ausbau des Präsidialgebäudes der Industrie- und Handelskammer Karlsruhe (ehemaliges Prinz-Max-Palais) zur Unterbringung des Bundesverfassungsgerichts wurde vom Plenum bewilligt.

MARGUERITEN HANNS ULLRICH VON BISSING
IM BLAUEN FELD

Copyright 1949 by H. H. Nolke G.m.b.H. Verlag, Hamburg

Sie öffnete die Tür und sah ein Zimmer, wie es die Pensionen auf der ganzen Welt aufweisen. Die persönliche Note des Bewohners verdeckte die etwas schäbige Eleganz. Inmitten des Raumes stand eine offene Kiste mit Büchern. In einer Ecke standen zwei glänzende, neue, pomposen Lederkoffer. Es roch nach Juchtenparfüm und Zigaretten.

Auf dem Bett aber saß voller Stolz und Eitelkeit ein Terrier, der den Kopf etwas zur Seite geneigt, Irene verwundert ansah. Aus einem Nebengewach kam das Geräusch fließenden Wassers.

„Männerwirtschaft!“ sagte Irene laut.

„Wer hat Ihnen denn erlaubt, hier heraufzukommen?“ hörte sie Ungersbach fragen.

„Niemand!“ erklärte Irene. „Ich habe niemanden gesehen, den ich hätte fragen können. Aber es interessiert mich. Es gibt ein Sprichwort: Sage mir, mit wem du gehst, und ich sage dir, wer du bist! Man kann es auch variieren. Dann lautet es: Sage mir, wie du wohnst, und ich kenne deinen Geschmack! Womit ich aber nicht andeuten möchte, daß wir nun du zueinander sagen. Aber immerhin haben Sie einen Hund, und das ist beruhigend. Es scheint ein netter Kerl zu sein, obgleich ich es nicht liebe, wenn Hunde sich mit solcher Selbstverständlichkeit auf ein Kopfkissen setzen.“

Sie erhielt keine Antwort, aber kurz darauf stand Ungersbach ihr gegenüber.

„Es ist hier nicht so, wie es sein sollte“, meinte er mit einem bekümmerten Blick auf die Unordnung in dem Zimmer. „Aber...“, er schweig und legte den Arm um Irenes Schulter. Er läuschte auf die im Flur anklingenden Stimmen. Irene nahm nun an, jetzt würde er sie küssen, aber sie sah sich getäuscht. „Schnell in das Badezimmer“, flüsterte er ihr zu, „und waschen Sie nicht, dort Lärm zu machen!“ Er schloß die Tür hinter ihr ab und steckte den Schlüssel ein.

Im gleichen Augenblick klopfte es, und die massive Gestalt des Kriminalrats wurde sichtbar.

„Wenn Sie nur erst auf den klugen Gedanken kämen, aus dieser Pension auszuziehen“, sagte er, „ich kenne so viele nette alte Damen, die Sie gerne bemutern würden. Wo waren Sie den ganzen Tag? Ich finde, es riecht hier ausgesprochen nach französischem Parfüm. Darf ich mich setzen?“

„Selbstverständlich!“ erwiderte Ungersbach.

„Ich weiß, Sie mögen die gute Frau Ballaschke nicht. Aber sie hat mir ihr bestes Zimmer und das Bad zur Verfügung gestellt, seitdem sie mein Buch gelesen hat. Sie würde untröstlich sein, wenn ich ausziehen würde.“

„Sie war untröstlich, als sie mich sah“, entgegnete der Kriminalrat und setzte sich be-

quem in einen Sessel, als beabsichtige er, vorerst nicht wieder aufzustehen. „Ich habe vor Jahren hier in der Pension einen Heiratswandler verheiratet. Sie wird es mir nie verzeihen. Er war ihr bester Kunde. Haben Sie keine anständige Zigarre für mich? Ich kann dieses Parfüm nicht vertragen.“

Ungersbach stellte eine Kiste Zigarren und Streichhölzer auf den Tisch, und der Kriminalrat begann die umständliche Prozedur, die Zigarre in Brand zu setzen. Er rauchte gedankenvoll und meinte ohne jeden Übergang: „Statt mit dieser uninteressanten Tänzerin die Nacht durchzubummeln, hätten Sie sich lieber Eva Arndt widmen sollen! Aber Sie jagen immer im falschen Revier!“

Der Journalist sah den Kriminalrat verständnislos an.

„Ja, ja...“ fuhr Klausen fort. „Eva Arndt ist doch ein ganz hübsches Mädchen! Sie schwärmen aber wohl mehr für Blondinen.“

„Was habe ich mit Ewa Arndt zu tun? So interessant ist sie nicht.“

„Sie haben eben keine Phantasie. Ich möchte nur gern wissen, warum der Köter an der Badezimmertür herum schnüffelt. Hunde sind doch eine sehr unzuverlässige Gesellschaft. Ich hatte mal einen Pinscher...“

„Lump! Komm hierher!“ rief Ungersbach, als der Hund an der Tür zu kratzen begann. Und dann erhob er sich und setzte ihn auf das Bett.

„Das ist auch so eine Art, Hunde zu erziehen“, klagte der Kriminalrat, „erst bekommen sie einen Klaps, und dann werden sie bei Herrn auf dem Bett gesetzt! Weshalb zum Teufel haben Sie sich so fein gemacht? Erwarten Sie Besuch?“

„Nein“, entgegnete Ungersbach, „ich wollte heute abend ausgehen. Ich habe ja schließlich Urlaub. Nun sagen Sie mir endlich, was das alberne Geschwätz über Eva Arndt bedeutet!“

Deswegen sind Sie ja schließlich heraufgekommen.“

„Der Hund...“ sagte Klausen, „er sitzt schon wieder vor dem Badezimmer. Was halten Sie davon, wenn wir eine Partie Schach spielen? Ich habe zu Hause angerufen. Sie erwarten mich nicht zum Essen. Aber Sie wollen ja bummeln. Ja also, ich sprach von Eva Arndt, nicht wahr?“

„Was ist mit ihr?“

Der Kriminalrat knipste die Asche seiner Zigarre ab.

„Sie ist fort!“

Ungersbach gab dem Terrier einen zweiten Klaps. „Was heißt das — sie ist fort?“

„Nun, was soll es schon heißen: Sie ist natürlich aus der Dahlienstraße ausgezogen. Sie hatte irgendwo im Westen ein Zimmer gemietet, angeblich um sich nach einer neuen Stellung umzusehen. Jedenfalls schickte ich heute nachmittag einen Beamten zu der neuen Adresse. Er kam mit der Behauptung zurück, Eva Arndt habe das Zimmer für den laufenden Monat bezahlt und sei mit unbekanntem Verdammten Köter vor dem Badezimmer sitzen! Ich weiß es nun ja schon bereits, daß in dem Badezimmer jemand ist, den Sie mir nicht zeigen wollen.“

Kriminalbeamte sind doch sehr taktlose Leute“, erwiderte der Journalist sarkastisch. „Wo mag sie denn hingefahren sein? Sie können übrigens ganz offen sprechen. Man versteht kein Wort nebenan. Ich habe es zur Genüge ausprobiert.“

Jedenfalls ist sie verschwunden“, erklärte Klausen, „und ich möchte wissen, warum sie so schnell das Weite gesucht hat. Das ist doch geradezu unlogisch. Im allgemeinen verschwinden Leute, die etwas auf dem Kerbholz haben.“

„Ja“, bestätigte der Journalist, „das ist die Logik der Kriminalpolizei. Es ist keineswegs gesagt, daß diese Logik falsch ist. Sie ist nur sehr einfach.“

„Was wollen Sie denn damit sagen?“

„Ich dachte nur darüber nach, ob Eva Arndt eine Anhängerin des Buddhismus ist.“

„Sie meinen...?“

Ungersbach zuckte die Schultern.

„Eva Arndt ist fort. Der Buddha ist fort. Immerhin ein eigenartiges Zusammentreffen. Aber ich möchte Ihnen gleich sagen, daß es mir völlig schleierhaft ist, was Eva Arndt bewegen haben könnte, sich den Buddha anzueignen.“

„Diese These ist recht unwahrscheinlich. Nun will ich Sie aber nicht länger aufhalten. Das heißt, ich kann mir denken, wie unangenehm es ist, so lange Zeit in einem Badezimmer warten zu müssen. Was ich noch sagen wollte! Es ist mir unerklärlich, aus welchem Motiv die Presse einen derartigen Lärm um diese Geschichte macht.“ Der Kriminalrat erhob sich und nahm seinen Hut von dem Tisch. „Sie scheinen aber recht vornehmen Besuch zu haben. Diese Handschuhe gibt es jedenfalls nur in wenigen eleganten Geschäften. Darüber hinaus wünschen ich Ihnen einen recht frohen Abend!“

Er zwinkerte dem Journalisten mit einem Auge zu und verschwand mit einem verständnisvollen Lächeln um den Mund so unvermittelt, wie er vorher aufgetaucht war. Zurück blieb eine Wolke von Zigarrenrauch. Der Hund vor der Badezimmertür begann zu knurren. Dann fiel die Etagetür ins Schloß. Der Terrier begann seine Pfoten zu lecken und schien jetzt völlig desinteressiert zu sein. Ungersbach schloß die Tür zu dem Badezimmer wieder auf.

„Sie sind ja zwar nicht laut gewesen, aber Klausen hat es dennoch bemerkt. Sie haben meinen Hund behext, er schnüffelte andauernd an der Tür herum.“ (Fortsetzung folgt.)

Stafforter Holzschlappen

Wir Menschen, sagte schon Voltaire, vergessen viel zu viel und viel zu schnell. Wäre dem nicht so, wüßte wenigstens noch irgend jemand, wie die Bewohner des kleinen Hardtdörchchens Staffort auf die originelle Idee kamen, Holzschuhe anzufertigen. Vielleicht dachten sie damals, daß es besser sei, barhäutig als barfuß zu gehen und begannen, da ihnen schon immer das Hemd näher war als der Rock, jenes anmutige Schuhwerk zu schnitzen, mit dem die Holländer seit Jahrhunderten gemütlich über das Pflaster ihrer freundlichen Städtchen klappern. Mit der Holzschuhmacherei führten die Stafforter das Sprichwort ad absurdum, daß man in den Beinen haben müsse, was man nicht im Kopfe hat.

Bald gab es keine Gemeinde mehr, in der man nicht in Stafforter Holzschuhen aufs Feld ging. Möglich, daß es der Verdienst war, vielleicht auch der Neid, nicht selbst auf diese Gedanken gekommen zu sein, der die Friedrichstaler Nachbarn immer wieder zu Sticheleien gegen die „Stafforter Holzschlappen“ aufzäumte. Und so hat am Tage der Narrenfreiheit, am 1. April, wo im Scherz auch der Betroffene lachen soll, so ein „freundlicher Nachbar“ die Schlender gespannt, um mit der BNN-Meldung, in Staffort finde, verbunden mit einem Topinamburschnaps ausgetrunken werden, und dann konnte man erneut wie der preußische Husar bei Jena weiterstürmen. Tausende von Zuschauern aus der ganzen Hardt hatten ihre helle Freude an dem Wettkampf. Um da dieser Brauch beibehalten werden soll, wird er spätestens im Jahre 2051 sein hundertjähriges Bestehen feiern.

Da, wie schon gesagt, der Mensch viel zu viel und zu schnell vergißt, wollen wir doch für alle Zeiten festhalten, daß dieser Brauch durch eine Aprilmeldung in den BNN entstand, und wollen dem Festausschussvorsitzenden für das Jahr 2051 die Arbeit zum Konzept seiner Festrede erleichtern, wenn er in alten Chroniken verzweifelt danach suchen sollte, was vor 100 Jahren den Anstoß zu diesem originellen Wettlauf gab. Und wir, d. h. unsere Enkel, wollen ihm dazu — falls es in hundert Jahren mehr Papier gibt als jetzt — eine BNN-Sonderseite gestalten, die sich sehen lassen kann.

Ibikus.



Glanzvolle „Apollo“-Premiere

Parade vierbeiniger Zirkus-Stars

Tollkühne Dressuren und Glanzleistungen der Artistik fanden dankbares Publikum

Male gesehen haben, halten immer wieder den Atem an, wenn Lolita ihren Arm, Julio aber sein ganzes Gesicht in den Rachen der fauchenden Löwin stecken. Nicht weniger gewagt, obwohl wesentlich harmloser scheinend, ist die Bären-Nummer. Wer die Unberechenbarkeit des Bären und die Unverträglichkeit der einzelnen Bärenrassen untereinander kennt, wird erinnernd fünf Dickhäuter aus Ceylon. Sie sind erst fünf bis sechs Jahre alt und haben noch die Eigenarten und Launen gleichaltriger Menschenkinder; ihrem Freund und Meister Ivor Rosaire aber folgen sie aufs Wort, ja es scheint, daß sie sich — wiederum Menschenkinder gleich — recht gern vor Zuschauern produzieren. Dann aber kommt eine Nummer, die jeden stolzen Hundebesitzer mit Neid erfüllt: Nein, was diese Jockey-Hunde können, kann sein Struzzi nun doch nicht! Sie reiten, als läge auch für sie „das Glück der Erde auf dem Rücken der Pferde“. Und eine Boxer-Elf

spielt Fußball (sprich „Nasenball“) mit hauchdünnen Luftballons, daß es nur so seine Art hat. John Cooper ist in diesem Fall Trainer und Schiedsrichter zugleich.

Das Herz des Pferdefreundes schlägt höher, wenn Meisterdresseur Ernst Ross und der junge Nachwuchsdresseur Heinz Köhler-Wacker abwechselnd die schönsten Pferde des Apollo-Marstalls in imposanten römischen Spielen und Freiheitsdressuren aller Art vorführen. Zum erstenmal in Deutschland werden dabei norwegische Fjordpferde gezeigt. Ernst Ross erweist sich nicht nur als Meister der Dressur, sondern auch als Meister der Hohen Schule, die er mit vollendeter Eleganz reitet. Die beiden Dressureure führen neben Pferden auch ein „Exotisches Potpourri“ vor, an dem Kamele, Dromedare, Lamas, Guanaco's und Zebras beteiligt sind. Ein „Karussell“, das rund 50 Exoten in der Manege vereinigt, beschließt diese einzigartige Tierrevue. Wer damit noch nicht genug hat, kann sich in der Pause draußen im Apollo-Zoo mit Tarzan, dem zur Zeit einzigen in Europa lebenden Menschenaffen „unterhalten“, kann Paviane und Rhesusaaffchen necken, kann einen schwarzen Panther bestaunen, einer uralten Riesenschilkröte „auf Dach“ klopfen und eine Reihe anderer seltener Tiere kennenlernen.

Die rein artistischen Darbietungen halten sich mit dem Tiernummern in puncto Reichhaltigkeit und Qualität durchaus die Waage. Da ist Alma Piaia, die „Venus am Trapez“. Wenn sie einer Vision gleich — scheinbar aller Erdschwere entrückt und nur von den Strahlen der Scheinwerfer getragen — durch die Kuppel „tanzt“, denkt wohl niemand an den ungeheuren Kraftaufwand, der diesem grazilen Schweben zugrunde liegt. Da ist Paolo, in aller Welt als „König der Jongleure“ bezeichnet. Nicht zu unrecht, denn in seinen Händen werden Bälle und Ringe zu folgsamen Wesen, mit denen er bisher unerreichte Tricks vollbringt. Da sind ferner Pedro und Juanita mit ihrem beachtlichen Balanceakt am schwingenden Drahtseil und Wazzan's braunhäutige Rif-Kabylen mit ihren atemberaubenden Arabersprünge. Und da sind nicht zuletzt zwei Artistengruppen, die heftige Attacken gegen die Lachmuskeln der Zuschauer reiten: Das Exzentrikerpaar Wilco mit einer widerstehlichen Parodie auf den „Rudi Fischer im Fußballtor“ und die Drei Chabris, ein Spaßmohrtrio von Format. Reizvolle Tänze des Apollo-Balletts und andere originelle Einlagen runden dieses ungewöhnlich reichhaltige Programm ab.

Während der Pause stürzen über einen künstlichen Wasserfall 600 000 Liter Wasser in die Manege und verwandeln sie in einen romantischen Traumsee mit — nun, allzuviel soll nicht vorweggenommen werden. Gewiß wird dieser



Julio Dola beim „Todeskuß im Löwenkäfig“

Fotos: Schlesinger

ganz auf optische Wirkung eingestellte Teil des Doppelprogramms stets Geschmacksache bleiben. Der stürmische Beifall nach der gestrigen Premiere bewies jedoch, daß die Karlsruher nicht nur Dressuren und artistische Leistungen, sondern auch eine romantisch-phantastische Wasserpartie, dieses bewährte Requisite gepflegter Zirkuskunst, richtig zu würdigen wissen. I. M.

Der Aschenbecher und die Locken

Wilde Zuschauer bei den „Wilden Männern“ — Ein gerichtliches Nachspiel

Während der von einem zahlreichen Publikum mit großem Interesse verfolgten internationalen Freistil-Ringkämpfe in der Ausstellungshalle kam ein junger Geschäftsmann aus Stuttgart auf der Durchreise, wie so viele, in die Ausstellungshalle, um sich für einen Abend Zerstreuung zu verschaffen. Dort ließ er sich von der allgemeinen Sportbegeisterung des Publikums hinreißen. Während die anderen mit Bierflaschen und leichteren Gegenständen nach der Bühne warfen, schleuderte er einen gewichtigen Aschenbecher in der Richtung Bühne.

Aber statt des Objektes seines Mißfallens traf er eine junge Dame die lautlos zusammensackte. Ins Krankenhaus eingeliefert, stellte der

Arzt eine 10 cm lange schnittartige Platzwunde fest, die sie etwa zwei Wochen arbeitsunfähig machte und einen Teil ihrer Locken forderte. Es gab also eine vorübergehende Störung der Frisur, was sie veranlaßte, sich einen besonderen Schatz zur Verteidigung und einen besonderen Hül zur Verdeckung der Schönheitsfehler anzuschaffen. Dafür verlangte sie Geldersatz ferner ein Schmerzensgeld, die Rückerstattung der Arzt- und Medikamentenkosten, einen Ausgleich für den Verdienstaufschlag und Ersatz für Aufwendungen, die sie für zwei dienstbare Geister hatte. Diese mußte sie einstellen, um Haushalt und Geschäftsbetrieb weiterführen zu können. Alles in allem machte sie einen Schaden von 500 DM geltend.

Eine Zivilkammer des Landgerichts hatte sich mit diesem Rechtsstreit zu befassen. Der Herr aus Stuttgart stellte sich streitig und meinte, wer zu solchen Veranstaltungen gehe, nehme das Risiko auf sich, in ähnlicher Weise, wie geschehen behandelt zu werden und vertrat das Standpunkt, die Klägerin müsse den Schaden selbst tragen.

Das Gericht teilte diese Auffassung nicht und machte einen Vergleichsvorschlag, auf den der Beklagte jedoch nicht einging. Er verlangte eine gerichtliche Entscheidung, die in den nächsten Tagen zu erwarten ist. Im.

Stanke-Prozeß am 2. Juli

Am 2. Juli eröffnet das Landgericht Karlsruhe seine zweites diesjährige Schwurgerichtsperiode für dieses Jahr. In Karlsruhe steht als einziger Fall die Mordeffaire Stanke zur Verhandlung. Der Prozeß dauert etwa zwei Tage lang. Am 4. Juli gibt sich das Gericht nach Pforzheim, um einen Raubmord abzuurteilen. Angeklagt ist ein gewisser August Heiler. Am 9. Juli wird, gleichfalls in Pforzheim, die Verhandlung gegen Friedrich Ratsch wegen Mordes beginnen. Zu diesem Prozeß sind insgesamt 79 Zeugen geladen.

Stadtverwaltung empfing die dänischen Gäste

Im Haus Solms wurden gestern vormittag die dänischen Gäste des DGB-Jugendortschafts-Karlsruhe von Vertretern der Stadtverwaltung empfangen. Stadtoberrechner Dr. Keidel hieß die jungen Dänen im Namen des Oberbürgermeisters herzlich willkommen und bat sie, sich während ihres hiesigen Aufenthaltes auch als Gäste der Stadt Karlsruhe zu fühlen. Jeder Teilnehmer erhielt eine Dauerkarte für den Stadtgarten. Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ortsausschuß Karlsruhe, Pietsch, hob hervor, daß der Jugendaustausch nicht nur für jeden der Beteiligten ein persönliches Erlebnis sei, sondern auch ein wesentlicher Schritt zur angestrebten Völkerverständigung. Im Namen seiner Kameraden dankte ein junger Däne der Stadtverwaltung und dem Gewerkschaftsbund für die überaus herzliche Aufnahme in Karlsruhe. Anschließend wurden den Gästen auf einer Rundfahrt die Sehenswürdigkeiten der Stadt gezeigt.

DGB-Staffel in Karlsruhe eingetroffen

In Karlsruhe traf gestern nachmittag eine Radfahrerstaffel ein, die eine Botschaft des Deutschen Gewerkschaftsbundes aus Düsseldorf nach Malland zum Weltgewerkschaftskongreß bringt. Die Fahrer wurden von Angehörigen des Karlsruher Ortsausschusses in Eberbach abgeholt. Nach entspanntem Aufenthalt in Karlsruhe wird die Staffel in Richtung Freiburg weiterfahren.

37 Veranstaltungen durch Neufeldt

Wie die Konzertdirektion Kurt Neufeldt mitteilt, hat sie in der abgelaufenen Konzertsaison (September 1950 bis Juni 1951) 37 Veranstaltungen herausgebracht: neun Kammermusikabende, acht Klavierabende, fünf Gesangskonzerte, vier Lichtbildervorträge, drei Tanzabende, zwei Violinabende, zwei Orchesterkonzerte, zwei Chorkonzerte ohne Begleitung, ein Chorkonzert mit Orchester und einen Buntabend. Diese Summe von Veranstaltungen ist ein anerkennenswerter Beitrag für das kulturelle Leben unserer Stadt. Bedauerlich nur, daß einige der Abende, insbesondere der Konzerte, nicht jenen großen Besucherkreis fanden, den sie verdient hätten.

Fünfjähriges Mädchen sprang ins Motorrad

Ein fünfjähriges Mädchen, das auf der Zehntstraße in Durlach unvorsichtig auf die Fahrbahn sprang, wurde von einem Kraftfahrer angefahren, wobei es einen Schlüsselbeinbruch und Prellungen erlitt. Der Kraftfahrer und seine Begleiterin wurden leicht verletzt. Ebenfalls verletzt wurde ein Kraftfahrer, den auf der Kaiserallee in Höhe der Lessingstraße ein überholender Personenkraftwagen streifte. Beide Fahrzeuge wurden beschädigt. — Bei der Hauptpost stieß ein in südlicher Richtung durch die Karlstraße fahrender Personenkraftwagen, dessen Fahrer die Vorfahrt nicht beachtete, mit einem in Richtung Mühl-

Sängerbesuch aus der Pfalz

Der Gesangverein „Liederkrantz“ Lußstadt/Pfalz wird der Stadt Karlsruhe am kommenden Sonntag mit etwa 300—350 Sängern und Familienangehörigen einen Besuch abstatten. Der Sonderzug aus der Pfalz trifft um 8 Uhr im Karlsruher Hauptbahnhof ein. Nach der Begrüßung der Gäste durch den Verkehrsverein und den Pfälzerwaldverein besuchen die Pfälzer den Stadtgarten, wo die Sänger zusammen mit ihrer Musikkapelle einige Stücke zum besten geben. Um 11 Uhr fährt der Sonderzug zum Peter-und-Pauls-Fest nach Bretten weiter.

Sterbefälle vom 26. und 27. Juni

26. Juni: Krell Martin, Malermeister, Wilhelmstraße 3 (73 J.).
27. Juni: Lautermilch Emil, Schriftsetzer, Gartenstraße 3a (72 J.); Arndt Franz, Hilfsarbeiter, Zepelinstraße 68 (79 J.).

Künstler unterstützen BNN-Hilfsaktion

Bunter Abend des Amerikanisch-Deutschen Frauencub war ein großer Erfolg

Der gestern abend im Studentenhaus vom Deutsch-Amerikanischen Frauenklub zugunsten der BNN-Aktion „Hilfe gegen Kinderlähmung“ veranstaltete Bunte Abend wurde ideell und materiell ein überaus großer Erfolg. Wie bereits im vergangenen Jahr fanden sich für diesen gemeinnützigen Zweck erneut Deutsche und Amerikaner zu einer Veranstaltung zusammen, bei der sich alle Mitwirkenden selbstlos in den Dienst der guten Sache stellten, darunter zahlreiche Mitglieder des Bad. Staatstheaters. Die große Überraschung des Abends war die Mitteilung, daß durch die Initiative von Landrat Groß und seiner Gattin in den letzten Tagen bei Firmen des Landkreises Karlsruhe für die BNN-Aktion ein Geldbetrag von 3117 DM gesammelt wurde.

Der Saal des Studentenhauses war vollbesetzt, als der Vorsitzende des Kuratoriums der BNN-Hilfsaktion, Reg.-Medizinalrat Dr. Hamacher, dem Deutsch-Amerikanischen Frauenklub den Dank des Kuratoriums für diese Veranstaltung aussprach. Mit Sorge verfolgen wir, so erklärte er, die schwere Seuche der Kinderlähmung, von der angenommen wird, daß sie mit dem zivilisatorischen Fortschritt stetig anwächst. Der hohe Befehl der kulturell hochstehenden Länder sei ein Beweis für diese Annahme. Wer in den Sitzungen des Kuratoriums, so erklärte Dr. Hamacher weiter, das endlose Leid der durch die Poliomyelitis-Krankheit Betroffenen erfahren habe, der fände sich angesichts des Glückes des Vollbesitzes seiner Glieder gerne bereit, den gelähmten Kranken zu helfen. Hilfe sei um so dringender erforderlich, als die Kosten für die langwierigen und langdauernden Lähmungen von den Krankenkassen in den meisten Fällen nicht bestritten werden. Mit dem tief empfundenen Dank für das den Kranken entgegengebrachte Verständnis schloß Dr. Hamacher seine Ansprache. Mr. Gardner selbst, der Resident Officer, übersetzte die Rede für seine Landsleute ins Englische.

Das Programm selbst brachte eine außerordentlich glückliche und neuartige Mischung von Gesang, Musik, Tanz und — Modeschau. Angesagt durch Hans Schladebach (Shelton Stone für die Amerikaner) rollte eine Veranstaltungsfolge ab, die nahezu drei Stunden lang Deutsche und Amerikaner in allerbesten Stimmung hielt. Um das Niveau des Programms zu demonstrieren, genügen die Namen: Otto Matzerath und Heinz Hoffmann-Glewe am Flügel; als Sänger und Sängerinnen: Hannelore Wolf-Ramponi, Erika Köhn, Jan Michael Schroeder und Bert Rohrbach;

für diesen Abend nach Karlsruhe wiedergekehrt Betina Brucker; völlig neu, als „Miss Vane“, Anke Naumann; den Puppenfeiwaltanzend Marianne Baumgärtner; vielgeliebte Gudrun Nierich und Hubert Türmer. In einem amerikanischen Singspiel, Adrienne Barnett und Hans Neugebauer, als Pianistin die Amerikanerin Virginia Pleasants. Jede Folge ein voller Erfolg. Bestaunt auch die mit Chic und Charme gezeigten Moden der Fa. Celina-Moden, vorgeführt von Damen des Clubs. (Die Hüte stammten aus dem Hutsalon Schapke, die Taschen waren von der Fa. Morlock, die Frisuren hatte Heberding besorgt.) Dazu gab es eine Tombola, an deren Zustandekommen zahlreiche Karlsruher Firmen mitgewirkt hatten. (Namen folgen später.)

Alles in allem: Ein großer Erfolg für unsere Hilfsaktion. Auch an dieser Stelle gebührt dem rührigen Deutsch-Amerikanischen Frauenklub und den Künstlern herzlichster Dank! jw.

KURZE STADTNOTIZEN

Der Landesverband der vertriebenen Deutschen, Ortsgruppe West, veranstaltet am Freitag, 29. 6., im „Kühlen Krug“ um 20 Uhr eine Mitgliederversammlung mit anschließendem Filmvortrag. Am Sonntag, 15. 7., findet eine Omnibusfahrt in den Schwarzwald statt.

Pommersche Landsmannschaft. Das Pommerntreffen mit Tanz findet am Samstag, 30. 6., 20 Uhr, im „Weißen Röhl“ am Ruppurrer-Tor-Platz statt.

Prof. Michel Mouskhély, Präsident der „Union Fédéraliste Interuniversitaire“, spricht am Freitag, 29. 6., 20 Uhr, im Studentenhaus in Karlsruhe über „Warum und wie schaffen wir ein vereinigtes Europa?“ Veranstalter: Karlsruher Burschenschaft „Teutonia“ an der TH.

Versammlung der Kioskbesitzer. Am Freitag, 29. 6., 21 Uhr, in der „Wach am Rhein“ wichtige Versammlung der „Karlsruher Kioskbesitzer“. Thema: Protest gegen beabsichtigte Schließung an Sonntagen.

Die Vereinigung ehem. Schüler der Goetheschule veranstaltet am Samstag, 30. 6., um 20 Uhr im kleinen Saal der Stadthalle, II. Stock, ihre Jahres-Mitgliederversammlung, zu der alle ehemaligen Schüler eingeladen sind.

DHV-Berufsverband der Kaufmannsgehilfen. Am Sonntag, 1. 7., findet eine Wanderung Herrenalb — Dobbel — Stierhütte — Gaistal — Herrenalb statt. Treffpunkt: 7.45 Uhr vor dem Altbahnhof.

Musisches Konservatorium. Am Freitag, 29. 6., 20 Uhr, im Munszaal, Waldstraße 79, Vorspiel der Musikstudierenden der Oberklassen.

Das Kaiser-Wilhelm-Denkmal in Gefahr?

Probleme um die Neugestaltung des Platzes am Mühlburger Tor

Vor einiger Zeit veröffentlichten wir die Nachricht, daß der Planungsbeirat der Stadtverwaltung nahegelegt hat, die Frage der Umgestaltung des Platzes am Mühlburger Tor nicht vorschleunigt durch die städtischen Ämter entscheiden zu lassen, sondern durch einen Wettbewerb unter den Karlsruher Architekten zu klären.

Es scheint uns richtig, das Problem nun doch noch einmal aufzugreifen und kurz zu erklären, worum es sich bei den Plänen, den Mühlburger-Tor-Platz umzugestalten, eigentlich handelt. Bereits aus Anlaß des Abbruchs der Wachhäuschen am Mühlburger Tor im Februar dieses Jahres verwiesen wir auf die aus Gründen des Verkehrs erwachsene Notwendigkeit, über kurz oder lang zu einer Neugestaltung des Platzes zu kommen. Dem Verkehr sind ja bekanntlich die Ruinen der Weinbrunnenschen Wachhäuschen zum Opfer gefallen. Aber wenn auch die Hausteine seinerzeit sehr sorgfältig nummeriert und aufbewahrt wurden, so hat es doch nicht den Anschein, als würden diese Bauten jemals wieder erstellt werden. Um gewissen Bedürfnissen entgegenzukommen, ist ein Teil des nördlichen Wachhäusens bekanntlich stehen geblieben; aber es ist nur eine Frage der Zeit und des Geldes, weil nämlich neue Toiletten gebaut werden müssen, wann auch dieses Fragment verschwindet.

Die größten Schwierigkeiten bei der Absicht, den Mühlburger-Tor-Platz neu zu gestalten, erwachsen aus der Notwendigkeit, die Linienführung der Straßenbahn um das Kaiserdenkmal herum aus Gründen eines geringeren Verschleißes und einer Verkürzung der Fahrzeit zu ändern. Die Städtischen Werke und das Tiefbauamt tragen sich, wie bereits bei früherer Gelegenheit erwähnt, mit dem Gedanken, die Straßenbahn hart nördlich und südlich des

Kaiser-Wilhelm-Denkmal vorbeizuführen, also durch die bisherigen Grünanlagen hindurch. Es gibt aber auch Leute, die wünschen, daß das Denkmal ganz verschwindet, daß also die Kaiserstraße ohne die Unterbrechung am Kaiserplatz in gerader Richtung fortgesetzt wird und direkt in die Kaiserallee mündet. Manchmal hat es sogar den Anschein, als entspränge ein solcher Vorschlag nicht allein dem Wunsche nach zweckmäßiger Verkehrsgestaltung, sondern auch politischen Gründen.

So ist also zu erkennen, daß das Problem Mühlburger-Tor-Platz seinen Schwerpunkt eigentlich am Kaiserplatz hat. Zur Entscheidung steht dabei nicht nur die Frage, ob unter Umständen das Kaiser-Wilhelm-Denkmal verschwinden soll und wie die Straßenbahngleise verlegt werden. Ebenso großes Kopfschmerzen macht den Fachleuten die Lösung des Verkehrsproblems am Kaiserplatz und Mühlburger-Tor-Platz allgemein, ein Problem, das zum Beispiel durch das spitzwinklige Auftreffen der Stephanien- und Amalienstraße auf den Kaiserplatz nicht gerade erleichtert wird.

Bei der Schwierigkeit des gesamten Komplexes ist es daher nur zu begrüßen, daß der Planungsbeirat der Stadtverwaltung empfohlen hat, keine übereilten Entschlüsse zu fassen, sondern unter den Karlsruher Architekten einen Wettbewerb auszuschreiben. Freilich: Was heißt das, wenn der Planungsbeirat von der Möglichkeit eines „engeren Wettbewerbs“ spricht? Das heißt doch wohl, daß nur einige, möglicherweise sogar im voraus bestimmte Architekten zur Teilnahme aufgefordert werden sollen! Weil es sich aber bei der Neugestaltung des Mühlburger-Tor-Platzes um ein verkehrstechnisch und städtebaulich außerordentlich schwieriges Problem handelt, müßte nach unserer Meinung allen Karlsruher Architekten die Möglichkeit gegeben werden, Vorschläge zu machen.

Vielleicht möchte darüber hinaus auch die Einwohnerschaft selbst ein Wort mitsprechen, wenn es nun gilt, den Platz am Mühlburger Tor und insbesondere den Kaiserplatz neu zu gestalten? Wozu jedermann sich äußern könnte, ohne daß es dazu architektonischer und verkehrstechnischer Kenntnisse bedürfte, das wäre die Frage: Bleibt das Kaiser-Wilhelm-Denkmal, oder soll es verschwinden? Indem diese Frage gestellt ist, sind unsere Leser zu gleich aufgefordert, uns offen und klar ihre Meinung zu sagen. W.

Rundfunkprogramm

Donnerstag, 28. Juni

Süddeutscher Rundfunk: 6.40 Südwestdeutsche Heimatpost, 7.15 Werbefunk mit Musik, 8.15 Melodien am Morgen, 9.05 Unterhaltungsmusik, 11.15 Camille Saint-Saens, 12.05 Musik am Mittag, 12.45 Nachr., 13.10 Werbefunk mit unterhaltender Musik, 13.30 Karl Kießer am Klavier, 16.00 Fr. Schubert, 17.10 Die Volksmusik spielt, 18.25 Schöne Opern-melodien, 20.00 4. Orchesterkonzert, 22.05 Wir tanzen, 23.00 Magie im Wort, 23.30 Frédéric Chopin, 0.05 Jazz im Funk.

Südwestfunk: 6.10 Morgenkonzert, 7.30 Musik am Morgen, 8.40 Musikalisches Intermezzo, 12.30 Mittagskonzert, 13.15 Musik nach Tisch, 15.15 Nachwuchs stellt sich vor, 17.00 Klaviermusik, 18.30 Musik zum Feierabend, 20.00 Ballettmusik, 21.00 Das Prisma, 22.30 im Wald und auf der Heide, 23.15 Vor dem Ja-Wort.

Wie wird das Wetter?

Leichte Erwärmung

Vorhersage des Wetteramtes Karlsruhe für Nordbaden, gültig bis Freitag früh: Am Donnerstagmorgen noch stark bewölkt und strichweise etwas Regen. Im Laufe des Tages allmählich Bewölkungsrückgang, Tageshöchsttemperaturen 19 bis 22 Grad, Tiefsttemperaturen in der Nacht zum Freitag 12 bis 15 Grad. Mäßige südwestliche Winde

Rheinwasserstände

27. Juni, Breisach 372 (-8), Straßburg 420 (±0) Karlsruhe-Maxau 611 (+13), Mannheim 481 (+15), Caub 340 (+13).

Prinz von Lichtenstein hat Wort gehalten

Lörrach (hb). Mitteilungen der Lörracher Strafvollzugsbehörden zufolge hat Prinz Hans von Lichtenstein die Kosten des gegen ihn wegen Urhenschmuggels vor dem Schöffengericht Lörrach anhängig gewesenen Strafverfahrens in Höhe von mehr als 10 000 DM wider Erwartung auf Heller und Pfennig von der Landeshauptstadt Vaduz aus nach Lörrach überwiesen. Fürst Franz Josef II. von Lichtenstein, der Souverän und Vetter des „Uhrenprinzen“, hatte vor der Haftentlassung des Prinzen Hans gegenüber Staatspräsident Wohleb auf Ehrenwort die Bürgschaft für 10 000 DM übernommen. Auch der Prinz selbst hatte sein Wort gegeben, auch dann das Verfahren zu bezahlen, wenn er wieder jenseits der Schlarbäume sein sollte. Von zuständiger Seite erfahren wir außerdem, daß Prinz Hans aber auch noch gewillt ist, nach den Verfahrenskosten aus einer Teil der noch offenstehenden Wertersatzstrafe von rund einer halben Million DM zu bezahlen. In Lörrach freut man sich über den populär gewordenen „Prinzen von Uhrenstein“ und die Strafvollzugsbehörden sehen das in den Prinzen gesetzte Vertrauen nicht mißbraucht.

Heidelbeeren-Rekorderte in Sicht

Karlsruhe (swk). Die verschiedensten Forstämter der Bundesrepublik rechnen in diesem Jahre mit einer Rekorderte in Heidelbeeren. Aus bestimmten Gebieten des Schwarzwaldes, aus der Pfalz, aus der Eifel und aus Franken wird stärkster Heidelbeerertrag gemeldet. Die Bevölkerung wird jedoch vor einem Betreten der Wälder vor dem 1. Juli gewarnt, da bis zu diesem Zeitpunkt Pflückverbot besteht.

Im Bergwerk verschüttet

Oberkirch (f). Der 21 Jahre alte Bergbauarbeiter Karl Künzel in Hesselbach, der im Spatwerk Hesselbach arbeitete wurde durch herabsitzende Gesteinsmassen von 10 bis 15 Tonnen im Stollen verschüttet. Er trug einen Beckenbruch, einen komplizierten Unterschenkelbruch und einen Bruch der Wirbelsäule davon und starb auf dem Transport ins Offenburger Krankenhaus.

Südwestdeutsche Umschau

Weinheim. Um die sich häufigen Unfälle auf der Bundesstraße 36 (Weinheim-Mannheim) zu vermindern, hat der Weinheimer OB Engelbrecht beim Präsidenten des Landesbezirks Baden den Bau eines Radfahrweges vorgeschlagen.

Heilbronn. Als ein 79jähriger Mann den unbekanntesten Bahnübergang am Südbahnhof passierte, wurde er von einem Güterzug erfaßt und getötet.

Dahenfeld (Heilbronn). Das in Gemeindefürsorge von der 500 Einwohner zählende Gemeinde erbaute Schulhaus wurde in Anwesenheit von Innenminister Ulrich und Kultusminister Schenkel eingeweiht.

Völkach (swk). Unter tragischen Umständen erkrankte die 10jährige Schülerin Ilse Fröhlich aus Escherndorf im Ahrweiler, meldete eine Frau ein schmerzhaftes Schilferkahn, den das Mädchen mit seiner Freundin zum Spielen benutzte. Plötzlich löste sich der Kahn von seiner Verankerung und trieb durch die Altwasseröffnung in den offenen Main. Die beiden Mädchen sprangen sofort ins Wasser. Ilse wurde nach der Strömung des Flusses erfaßt und mainabwärts getrieben, während sich das andere Mädchen noch rechtzeitig ans Ufer retten konnte.

Bruchsal. Er sei von einem Geschäftsfreund von Rastatt nach Bruchsal „verschleppt“ und um 40 000 DM geprellt worden, meldete ein Mann der Landespolizeidienststelle in Bruchsal. Noch am gleichen Tag wurde der „Geschäftsfreund“ in Frankfurt festgenommen und das Geld sichergestellt.

Bruchsal. Bis einschließlich Sonntag, 1. Juli, veranstaltet die Gemeinde Untergrombach eine Gewerbeausstellung, die am Sonntag und Montag mit einem Brillantfeuerwerk ihren Abschluß findet.

Pforzheim. Durchgehende Schnellverbindungen durchs Nagoldtal nach Konstanz, Verbindungen von Rhein und Ruhr ins Nagoldtal und die ganz-

Scheffel-Ehrung in Radolfzell

Radolfzell (s). Draußen auf der Halbinsel Mettnau steht das „Scheffel-Schlößchen“, des Dichters zweite, geliebtere Heimat, am See. Heute sind Strandbad und Strandhotel in seiner unmittelbaren Nähe, eine Scheffelfähre ist eben hier im Entstehen. Und nun ist auch das Scheffel-Museum Mettnau in diesem Scheffelhaus, worin es 1926 zuerst aufgebaut, inzwischen aber zerstört worden war, gemeinsam von der Stadt Radolfzell, die Hauseigentümerin ist, und dem Volksbund für Dichtung vorm. Scheffelbund, wieder hergestellt und in einer kleinen Feier eröffnet worden. Dabei sprachen Bürgermeister Gohl für die Stadt und Dr. Hans Förster von Seiten des Bundes, als Ortsverbandsleiter in Radolfzell.

Ausverkauf der deutschen Literatur

In einem Rechenschaftsbericht der UNESCO, die die geistigen und kulturellen Belange der Vereinten Nationen vorantreibt, wird auch den Deutschen ausnahmsweise einmal eine gute Zensur erteilt. Und zwar aus dem Grunde, weil der deutsche Leser die meisten Übersetzungen fremdsprachiger Literaturen verkonsumierte.

Wir wollen uns nichts vormachen. An eben dieser Tatsache, daß wir Rest- und Rumpfliteratur vor allen anderen Nationen in Sachen des geistigen Imports absolut in Führung liegen, kranken und siechen unsere deutschen Schriftsteller, die nicht mehr an den Druckern kommen, die sich durch die alles beherrschende Bestellereinflation mehr und mehr aus dem wirtschaftlichen Kreislauf ausgestoßen sehen. Denn es gehört zu den ehernen Glaubensgrundsätzen vieler deutscher Verleger, daß ein Bestseller, also ein Spitzenreiter in der Erfolgsstatistik der Buchmacher, eben nur von einem anglo-amerikanischen Autor geschrieben werden könne. Diese wackeren Autoren geschrieben werden könne. Diese wackeren Autoren geschrieben werden könne. Diese wackeren Autoren geschrieben werden könne.

Der Münchener Verleger Carl Hanser hatte den Mut, das Opus eines jungen, nahezu unbekanntem Schriftstellers herauszubringen, das gleichsam über Nacht zu literarischen Tagesgespräch und damit auch zu einem bemerkenswerten verlegerischen Erfolge wurde. Wir meinen Gert Gaisers Romanerzählung „Eine Stimme hebt an“, auf den nicht genug hingewiesen werden kann, weil er so etwas wie ein gültiges deutsches Schicksalsbuch ist. — Ernst von Salomons vielaktiger „Fragebogen“ hat in einigen Wochen — und bei einem Preis von nahezu 20 DM — bereits eine Auflage von zwanzigtausend Stück erreicht.

Daraus ist in aller Bescheidenheit zu folgern, daß es anscheinend doch noch deutsche Autoren

Kleines Sorgenkaleidoskop dreier Gemeinden

Mit Karlsruhe, Neureut und Huttenheim hoffen 93 Gemeinden auf Anerkennung als Förderkreis

In einer unserer letzten Ausgaben veröffentlichten wir einen Bericht über die drei notleidenden nordbadischen Kreise Karlsruhe-Stadt, Karlsruhe-Land und Landkreis Bruchsal. Von diesen drei Kreisen, haben wir nun wahllos drei Gemeinden ausgewählt, um an ihrer besonderen Notlage, die Förderbereitschaft aller übrigen Gemeinden darzustellen. Es sind für den Stadtkreis Karlsruhe, die Stadt Karlsruhe; für den Landkreis Karlsruhe, die Gemeinde Neureut und für den Landkreis Bruchsal die Gemeinde Huttenheim.

Unter dem Fächer: Die Not
Karlsruhes städtebauliche Anlage in der Fächerform wird von den Graphikern gerne als Motiv ihrer Werbeplakate benutzt. Unter einem Rokokofächer zeigt sich, halb verdeckt, irgend eine der malerischen Landschaften. Kommunalpolitiker würden das so darstellen: Unter dem Fächer die Not. Dem Fächer käme dabei die Symbolisierung jenes Wirtschaftsgefüges zu, das durch seine gewerbliche und industrielle Produktion, insbesondere auch durch den Hof und die zentralen Landesbehörden, jahrzehntelang das Bild unserer Stadt bestimmten. Als Sitz der Landesregierung hatte Karlsruhe eine feste Position im Lande, mit der untrennbar die Sicherheit der Stellung im wirtschaftlichen und verkehrswirtschaftlichen Strombild verbunden war.

Unter dem Fächer wäre zu sehen: Die nach 1918 einsetzende wirtschaftliche und politische Kräfteverlagerung nach Stuttgart, als Folge der Grenzlandlage. Aus dieser Übergangssituation ist bis heute noch keine endgültige Regelung gefunden worden, und wird solange keine Ruhe eintreten, solange die Entscheidungen über die Zukunft des Landes hin und her schwanken. Trotz hoffnungsvoller Ansätze ist die Zeit zur Umstellung der Klein- und Mittelindustrien auf die Großindustrie-Produktion nicht besonders günstig. Zur Fortführung der Behördentradition sind durch die Niederlassung des Bundesgerichtshofes und des Bundesverfassungsgerichtes zwar glückliche Anfänge gemacht; aber noch ist insgesamt kein Ausweg in neue feste Bahnen gefunden. Diesen neuen Weg zu finden, bedarf es härtester Anstrengungen

und nachhaltiger Hilfe. Die Stadt ist mit einer ständigen, 87/100igen Arbeitslosenbelastung des Landes Württemberg-Baden behaftet, während sie nur 5% der Einwohner des Landes hat. Rund 27% der Arbeitslosen sind aus Kaufmannsberufen und 40% aus dem Baugeberie. Hier offenbart sich ein Dauerarbeitslosenstand aus dem Strukturwandel der Stadt. 2300 Neubürger im Stadtkreis und 21 000 Pendler, die in Karlsruhe arbeiten, verursachen Probleme, deren Lösung äußerst schwierig sind. Karlsruhe ist in Nordbaden die Stadt mit dem schwächsten Steuer- und Einkommen und daher völlig außer Stande aus Mitteln des ordentlichen Haushaltes zum Wiederaufbau ihrer eigenen Einrichtungen beizutragen. Unabhängig von künftigen Entscheidungen über eine Neugestaltung des Südwestraumes ist es notwendig, der Stadt eine nachhaltige Förderung zu gewähren. Die industrielle Förderung Karlsruhes, die ein Grundanliegen der umliegenden Landkreise ist, hängt von den zwei Faktoren: staatliche Hilfe (Anerkennung als Förderkreis) und von der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung der Welt ab.

Neureut hat eine unbewußte Verwandtschaft mit den schlesischen Siedlerkolonien Friedrichs des Großen. Breit und baumbestanden sind die Straßen im Kern von Neureut, der scheinbar endlosen Reihensiedlung Nüchternheit und Sauberkeit lassen darauf schließen, daß hier zu allen Zeiten Menschen wohnten, die ihre Freiheit und das Leben tagtäglich hart erkämpfen mußten. Von diesem wachen Pioniergeist ist viel erhalten geblieben unter der Neureuter Bürgerschaft.

Größer als Bretten oder Ettlingen sollte Neureut nach den neuesten Plänen werden, wenn die Neubürgersiedlung auf dem alten Exerzierplatz im vorgesehenen Umfang fertiggestellt worden wäre. Nun ist auf dem Nordteil des Geländes ein Truppenlager der Deutschen Dienst-Organisation entstanden. Die Sorgen der Neureuter, Gemeindeväter sind dadurch nicht geringer geworden. Ohne Industrie, ohne Gewerbe und ohne Waldbesitz ist Neureut lediglich auf Steuererhöhungen angewiesen.

Steuererhöhungen aus einer Gemeinde von 8000 Einwohnern, unter denen 2400 Neubürger leben, können jedoch nicht im geringsten ausreichen, die Kosten zu bestreiten, die laufend entstehen. Neureut hat Wassernot; das ist eine weit im Landkreis bekannte Tatsache. Wasserleitungen, Kanalisationen und Pumpwerke sind dringende Bedürfnisse. Die neue Siedlung und das Truppenlager machten die Erstellung eines eigenen Klärwerkes erforderlich. Es reichte aber nur zu einem Provisorium; und dieses Provisorium ist ganz dazu angetan, ein allgemeiner Gefahrenherd zu werden. Neben diesen akuten Sorgen gibt es noch die chronischen, die daher rühren, daß 10% der Neureuter Gebäude im Krieg zerstört wurden. Langfristige Kredite könnten hier helfen, die Wohnungsnot zu lindern.

Neureut hat zu all diesen Sorgen noch eine besondere Einmaligkeit, die zwar eine Quelle immerwährender Ärgernisse ist, aber doch wie-

derum viel zu kurios, um sie all zu ernst zu nehmen. Um ihren Mitbürgern, die östlich der alten Bahnhalle wohnen, zu schreiben, müssen die Neureuter ihre Briefe mit der üblichen Ferngebühr freimachen. Mitten durch diese Gemeinde geht eine postalische Grenze. Nach einem alten Begriff zählt das Gelände östlich der Bahnlinie zu dem Postgebiet Karlsruhe-Land 1. Wer also von Neureut nach Neureut (Land 1) schreiben will, muß eine 20-Pfennigbriefmarke aufkleben. Dafür geht dann sein Brief von Neureut nach Karlsruhe zum Bahnpostamt, von dort zum Hauptpostamt und dann erst wieder nach Neureut über Karlsruhe-Land 1. Hierzu eine Lösung zu finden, dürfte leicht möglich sein. Allen anderen großen Sorgen der Gemeinde kann nur in der Erklärung des Landkreises Karlsruhe zum Förderkreis wirksame Hilfe gebracht werden.

Die arme, schöne Geliebte
Huttenheim hat das Gesicht einer armen, aber schönen Geliebten. Kiefernabfälle auf kargem Sand sind ihr Schmuck, der sich von Neureut bis zum Rhein hinzieht. Wie gut erzogene Kinder stehen die gekalkten Häuser doppelreihig an breiten Straßen. Ihre weißblendende Sauberkeit ist wie das Sonntagskleid armer Kinder; oft ausgebreitet, immer reinlich. Viel frühes Licht brennt in Huttenheim, wenn die „Pendler“, die in Karlsruhe und Mannheim arbeiten, noch vor Tag das Dorf verlassen. 220 Menschen sind es, die jeden Morgen in die Arbeitsergebnisse steigen. Da versuchen sie dann noch etwas Schlaf nachzuholen. Wenn es nicht gelingt, sich vom Takt der Schienen einwiegen zu lassen, erzählt von früher, von der Zeit, wo noch die Tabakindustrie florierte und der Weg zur Arbeit kürzer war, in kürzester Zeit sind damals, als die Zigarrenfabriken mit den Entlassungen begannen, 120 Huttenheimer Bürger, meist Frauen, arbeitslos geworden. Sie sind wieder zurückgegangen in die vielen Kleinland-

wirtschaftsbetriebe, von denen kaum einer mehr als 2-4 Hektar Ackerland umfaßt. Sie haben Auswege gesucht, ihr Los zu verbessern und haben dem brachen Sandboden Spargelkulturen abgerungen. Eine umfassende Hilfe war das freilich nicht. Aber wie alle Notgezeiten der oberen Hardt hat Huttenheim versucht, sich zuerst aus eigener Kraft zu helfen. Mit dem Gemüseabsatz jedoch haben sie ein Fiasko erlebt. An die 1000 Zentner Lauch mußten in diesem Jahr untergepflügt werden, weil sich keine Käufer fanden. Ihre neue Hoffnung sind die angekündigten Milchpreise. Pro Liter 2 Pfennige wird die Milchnahme ausmachen. Wer diese 2 Pfennige einstecken will, ist aber noch nicht klar. „Wir wahrscheinlich kaum“, resignieren die Kleinlandwirte. Man hat ihnen schon zu viel versprochen und so haben sie keinen Glauben mehr.

Aber einen Willen haben sie alle. Den unbedingten Willen zur Arbeit. Den haben sie von ihren Vorvätern ererbt, die die Gemeinde, als sie noch Knautenheim hieß und dort lag, wo heute die Altwasser des Rheines über den ehemaligen Häusern stehen, an den heutigen Standort umsiedelten und zu dem Neubeginn auch noch das Neuland dem Speyerer Fürstbischof von Hutten auf Heller und Pfennig bezahlen mußten. 1938 werden es 200 Jahre sein, daß Huttenheim besteht. Das ist gleichbedeutend mit zwei Jahrhunderten Mühen und Arbeit. Denn immer wieder haben Kriege das kleine Glück der Gemeinde zerstört. Zum letzten Male 1945, als die Alliierten den Rheinübergang vorbereiteten und 16 Gebäude unter Artilleriefirefren zerbarsten und 52 Wohnungen beschädigt wurden. Die 210 Heimatvertriebenen, die nach 1945 kamen, haben sich gut eingelebt. Mit ihnen aber ist die Arbeitslosenzahl gestiegen. Was Huttenheim helfen könnte, wären Industrieansiedlungen. Ein allen Voraussetzungen entsprechendes Gelände wäre vorhanden. Der Versuch, eine Steppedeckfabrik aus der Ostzone anzusiedeln, ist ein erster Schritt auf diesem Wege. Aber es ist nicht mehr, als eine schwache Krücke. Der notleidende obere Hardt wirkungsvoll zu helfen, bedarf es der Zuwendungen des Förderkreisprogramms und damit wäre auch der armen, schönen Geliebten wieder auf die Beine geholfen.

Notaktion für sozialen Wohnungsbau

Offenburg (f). Auf der Tagesordnung der Bürgermeisterversammlung stand als einer der wichtigsten Punkte die „Notaktion des Landes Baden zur Sicherstellung des sozialen Wohnungsbaues“. Landrat Dr. Joachim bemerkte dazu, daß Südbaden auf Wunsch des Staatspräsidenten Wohle von jedem Hektar der Staats-, Gemeinde-, Körperschafts- und Privatwälder, die über 20 Hektar groß sind, je einen Festmeter Holz zum Preis von 30 DM schlagen lassen will. Mit dem Erlös würden 10 Millionen DM erzielt, die für den privaten sozialen Wohnungsbau in Form von Darlehen auf erste Hypothek verwendet werden sollen. Das Geld soll zentral verwaltet und den Gemeinden nach Bedarf zugewendet werden. Dieser Vorstoß, der nach dem Gutachten der Landesforstverwaltung keine Belastung für den Waldbestand bilde, werde mit jährlich 10 Prozent auf den ordentlichen Holztrieb der nächsten zehn Jahre angerechnet. Die Summe von 10 Millionen würde mit 5 Prozent verzinst, die Darlehensempfänger müßten 5 1/2 Prozent Zins zahlen. Nach einer lebhaften Aussprache, in der Einzelwünsche vorgetragen wurden, stimmten die Bürgermeister grundsätzlich dem Vorschlag mit Rücksicht auf die soziale Notwendigkeit zu. Der in Frage kommende Waldbestand im Kreis Offenburg beträgt 17 000 Hektar, so daß eine Summe von 500 000 DM erzielt würde.

Notaktion für sozialen Wohnungsbau

Der Angeklagte, der unter den verschiedensten Namen in der ganzen Bundesrepublik gesucht wurde, konnte schließlich in Weinheim verhaftet werden. Die Strafkammer vertrat mit dem Staatsanwalt zusammen die Ansicht, daß ihn nur eine sehr harte Strafe zur Bessung bringen könne und verurteilte ihn zu 3 1/2 Jahren Gefängnis und zu zwei Jahren Ehrverlust.

Kaum Schneeschmelze im Hochgebirge

Kempten (swk). Das bisher verhältnismäßig kühle und regnerische Sommerwetter läßt im Hochgebirge eine restlose Schneeschmelze bereits in den Mittellagen kaum zu. Die zahlreichen Niederschläge, welche in den Bergen auch im diesjährigen Juni noch in Form von Schnee und Graupeln niedergehen, verbinden sich mit den vorhandenen enormen Schneemassen des vergangenen Winters. Die Zugangsweg zu vielen Hütten im Allgäuer Gebiet, so am Hochvogel und am Mädeljoch, sind durch die abnormen Witterungsverhältnisse schwer begehbar und können nur mit äußerster Vorsicht passiert werden.

Tragischer Tod zweier Kinder

Schramberg (A). Ein noch nicht 5 Jahre altes Kind fand ein geladenes Maulwurfsstößgerät. Beim Spielen damit löste sich plötzlich der Schuß und die Ladung drang dem Kind in den Unterleib. Mit gräßlichen Schmerzen erfolgte die Einlieferung ins Schramberger Krankenhaus, wo es trotz sofortiger Operation seinen Verletzungen erlag.

Ein 2 1/2-jähriges Kind wurde mit schweren inneren Verletzungen ins Schramberger Krankenhaus eingeliefert und sofort operiert. Vermutlich hatte der Vater das Kind mißhandelt. Er wurde vorläufig festgenommen, bis der Tatbestand restlos geklärt ist. Das Kind ist inzwischen gestorben.

Toter von Rastatt identifiziert

Rastatt (spa). Der Tote, der vor einer Woche an der Kreuzung der Bundesstraßen 3 und 36 nördlich von Rastatt gefunden worden war und der, wie wir zestern berichteten, falsche Papiere bei sich trug, ist als der 38jährige Albert Schröder aus Kassel identifiziert worden. Schröder war flüchtig und wurde seit geraumer Zeit wegen mehrerer Unterschlagungen und wegen Betrugs steckbrieflich gesucht.

Produktion und Verleiher gegen Kinobesitzer

SPIO-Zukunft ungewiß — Zehn Millionen DM Leihmieten rückständig

München (AP). Auf einer Vollversammlung der Spitzenorganisation der deutschen Filmwirtschaft (SPIO) in München ist es zum offenen Bruch zwischen der Produzenten- und Verleiher-Organisation einerseits und dem „Zentralverband der deutschen Filmtheater e. V.“ andererseits gekommen. Der „Verband deutscher Filmproduzenten e. V.“ und der „Verband der Filmverleiher e. V.“ gaben die Gründung einer „Arbeitsgemeinschaft der Filmindustrie in Deutschland“ bekannt, da eine gemeinsame Interessensvertretung mit den Theaterbesitzern nicht mehr möglich sei. Sie betonten jedoch, daß die SPIO „für die allgemeinen filmwirtschaftlichen Fragen und als Träger der Selbstkontrolle unbedingt bestehen bleiben“ müsse. Auch die Theaterbesitzer erklärten sich zur weiteren Mitarbeit in der SPIO bereit. Der Geschäftsführer der SPIO, Theo Autlich, legte sein Amt nieder, da die Theaterbesitzer

durch die Ablehnung des Quotal-Gesetzes „die gesamte SPIO-Arbeit, die der Konsolidierung der deutschen Filmwirtschaft in den letzten anderthalb Jahren gewidmet war, völlig nutzlos gemacht hätten. Auch wurde zum Geschäftsführer der neugegründeten Arbeitsgemeinschaft gewählt. Die Mehrzahl der in der SPIO vertretenen Filmtheaterbesitzer verließ unter Protest die Sitzung, als der Produzent Dr. Fritz Jena den Theaterbesitz beschuldigte, über 10 Millionen DM-Mark an überfälligen Einleiheträgen noch nicht an Verleiher und Produzenten abgeführt zu haben. Im Hamburger Verleihbezirk seien etwa die Hälfte der Theaterbesitzer mit ihren Leihmieten über sechs Wochen im Rückstand. Die Abrechnungsdifferenzen und Falschabrechnungen hätten so zugenommen, daß eine einzige Abrechnungskontrolle eines Verleihs in einem Monat Differenzen von 130 000 DM ergeben habe.

Vagabund aus Leidenschaft

Heidelberg (uli). Der Vorsitzende der Mannheimer Strafkammer hatte es bei der letzten Verhandlung nicht einfach; denn der 24jährige Angeklagte, der lässig und gleichgültig über seine zahlreichen Verfehlungen berichtete, schien nicht zu verstehen, daß man ihm helfen wollte. Er hatte sich als leidenschaftlicher Vagabund in den letzten Jahren in ganz Deutschland herumgetrieben und sich dabei unter den verschiedensten Namen als „Spätheimkehrer aus Rußland“ ausgegeben. Zu diesem Zweck hatte er sich jeweils aus Berlin die entsprechenden Entlassungspapiere besorgt, für 300 DM pro Stück. Zu den zahlreichen Geschädigten gehörten Familien, die ihn aus Mitleid aufnehmen und von ihm beschützt wurden. Wohlfahrtsverbände und Hilfsorganisationen, die den vermeintlichen Rußlandheimkehrer aus Kräften unterstützten (der Gesamtbetrag beläuft sich auf annähernd 7000 DM), und nicht zuletzt die beiden Mädchen, denen der Angeklagte die Heirat versprochen.

Kulturnotizen

Das Hessische Staatstheater in Wiesbaden ist als erstes deutsches Ensemble nach dem Kriege zu einem Gastspiel nach Spanien eingeladen worden. Bei den Zürcher Juni-Festwochen gab das Ensemble des bayerischen Staatstheaters München in den letzten Tagen mit dem Schauspiel „Donna Rosita“ von Federico Garcia Lorca drei erfolgreiche Gastvorstellungen.

Das Essener Waldtheater, das als eine der schönsten Freilichtbühnen Deutschlands gilt, beginnt am Wochenende sein 25jähriges Bestehen.

Der Lippoldsberger Dichtertag wurde von Hans Grimm zum 15. Juli in seinen Wohnsitz, den Klosterhof Lippoldsberg an der Oberweser, einberufen.

Der UFA-Film „Der König tanzt“ soll im Super-Film-Verleih Ende August in rund 50 deutschen Städten wieder anlaufen. Der Film wird gegenwärtig von seinem Produzenten, Erich Pommer, neu bearbeitet.

Die Musikererziehung — ein Sorgenkind

Im Juni-Heft der „Musica“, die als eine ebenso vielseitig wie zuverlässig unterrichtende Monatschrift für alle Gebiete des Musiklebens im Bärenreiter-Verlag erscheint, ist u. a. eine Denkschrift veröffentlicht, die von der Gesellschaft für Musikforschung den Regierungen der westdeutschen Länder und der ständigen Konferenz der Kultusminister vorgelegt wurde. In dieser Denkschrift entwirft Prof. Dr. Friedrich Blume ein Bild von der Notlage der deutschen musikalischen Kultur, die am allgemeinen Verfall der musikalischen Erziehung und an den unmittelbaren und mittelbaren Folgen zweier Kriege zu Grunde zu gehen droht, soweit nicht ohnehin schon unabwehrbare geschichtliche Vorgänge nach der gleichen Richtung hin wirken. Es fehlt dieser Kultur heute sowohl an einem Fundament, das ihre ideellen Ziele zuverlässig trägt, als auch an materiellen Voraussetzungen, vielerlei Art.

Der Niedergang des deutschen Musiklebens, der sich leider nicht wegdiskutieren läßt, kann nur aufgehalten werden, wenn es recht bald gelingt, die dünne kulturtragende Schicht, die den zerfallenen Mittelstand abgelöst hat, von der Jugend her wieder in die Tiefe und Breite wachsen zu lassen, andererseits aber auch die erzieherische Leistungsfähigkeit der für die Heranbildung des künstlerischen Nachwuchses verantwortlichen Institute ganz erheblich zu steigern. „Die Größe der deutschen Musik hat ein halbes Jahrhundert hindurch auf einer fortwährenden Erziehung der Jugend zur Musik beruht, der sich Jahrhunderte hindurch die besten Geister gewidmet haben“, stellt Blume fest. Umso mehr aber alarmiert dann die Tatsache, daß der deutsche Nachwuchs bei internationalen Wettbewerben in den letzten Jahren unbeschadet blieb. So wurde zwei Beispiele für viele — in Leipzig 1950 kein Preis an Deutsche vergeben, und von Genf, wo insgesamt 307 Preise zur Verfügung standen, mußten alle 76 deutschen Anwärter unverrichteter Dinge nach Hause zurückkehren, obwohl gerade das Genfer Regiment jedem Teilnehmer die gleichen Startbedingungen sichert. Was also nun? Blume setzt in seiner Denkschrift,

Eine wandlungsfähige Gestalt

Saalschichten hervor und war einer der Führer im Kampf gegen den Film „Im Westen nichts Neues“. Man wird sich noch erinnern, daß er damals die Rassenfrage auf eine besondere Weise löste, indem er ein eidesstattliches Zeugnis seiner Mutter bebrachte, daß er ein uneheliches Kind sei. Nach 1933 hatte Bronnen eine leitende Stellung in der Reichsrundfunkgesellschaft, wurde aber 1935 dann plötzlich im Zusammenhang mit einem Roman („Kampf im Ather“) entlassen, aus dem Reichsschrifttumskammer ausgeschlossen und erhielt Schreibverbot. Die Folge war, wie er vorher fanatisch antidemokratisch gewesen war, 1944 wurde er wegen Hochverrats angeklagt, 1945 tauchte er als Bürgermeister einer österreichischen Gemeinde auf, wurde in Linz Mitarbeiter und Parteimitglied der dortigen kommunistischen Bewegung und ist nun als Aktivist der kommunistischen Kulturpolitik auf der Linzer Versammlung zu dem exponierten Wiener Posten aufgerückt.

Arnold Bronnen, eine der wandlungsfähigsten Gestalten der modernen Literatur, ist wieder aus der Versenkung aufgetaucht mit der Übernahme der künstlerischen Leitung des kommunistischen Neuen Theaters in der Scala.

Bronnen war immer eine umstrittene Figur und ist Zickzackwege gegangen, bei denen Charakter und Haltung, soweit überhaupt vorhanden, nicht in Erscheinung traten. Geborener Wiener, trat er nach dem ersten Weltkrieg in Berlin als einer der führenden Expressionisten mit Prosa und Dramen („Anarchie in Sizilien“, „Vatermord“, „Rheinische Rebellen“) hervor. Mit den beiden anderen „B“ derselben Richtung wurde er oft genannt und bezeichnet („Der Becher geht solange zum Bronnen, bis er Brecht“). Bert Brecht und Johannes Becher blieben der extremen Linken treu, Bronnen aber, reiner Routinier, schwankte ins nationalsozialistische Lager ab mit seinen beiden Romanen „Roffbach“ und „O. S.“. Er wurde ein enger Mitarbeiter von Dr. Goebbels, tat sich besonders bei

Als einziges deutsches Orchester wird das Gürzenich-Orchester Köln unter Leitung von Prof. Günter Wand vom 7. bis 28. Juli an den vierten internationalen Festspielen in Aix-en-Provence (Südrankreich) teilnehmen.

Man kann für den Augenblick nur wünschen, daß der dringende Appell an das Gewissen der für Kulturfragen zuständigen Volksvertreter so beachtet wird, wie es der Dringlichkeit des hier umrissenen Problems entspricht.

Als einziges deutsches Orchester wird das Gürzenich-Orchester Köln unter Leitung von Prof. Günter Wand vom 7. bis 28. Juli an den vierten internationalen Festspielen in Aix-en-Provence (Südrankreich) teilnehmen.

Man kann für den Augenblick nur wünschen, daß der dringende Appell an das Gewissen der für Kulturfragen zuständigen Volksvertreter so beachtet wird, wie es der Dringlichkeit des hier umrissenen Problems entspricht.

Karlsruher Verkehrsverein zog Bilanz:

2 1/4 Mill. DM aus dem Fremdenverkehr

100 000 Fremde und 165 000 Übernachtungen im Jahr 1950

Unter dem Vorsitz des Beigeordneten Dr. Ball hielt der Karlsruher Verkehrsverein am Mittwochabend im „Nowack“ seine Jahresabschlussversammlung ab...

Aus dem Tätigkeitsbericht des Geschäftsführers Heyden war zu ersehen, daß im Jahre 1950 der Fremdenverkehr in Karlsruhe einen beachtlichen Aufschwung nahm...

Im Verlaufe des vergangenen Geschäftsjahres erreichte der Verkehrsverein mit rund 900 Mitgliedern wieder den Vorkriegsniveau...

Die Betreuung von Tagungsteilnehmern, wie überhaupt der Besucher Karlsruhs, ließ sich der Verkehrsverein besonders aneignen sein.

Die Auskunftsstelle vermittelte im Berichtsjahr insgesamt 2112 Unterkünfte in Hotels und bei Privaten. Dazu kommen noch etwa 1840 Quartiervermittlungen bei Taxigenen...

Zur Erlangung eines Werbeplakates für die Stadt Karlsruhe schrieb der Verkehrsverein im Februar 1951 einen Plakatwettbewerb aus...

Immer wieder wurden vom Verkehrsverein Wünsche und Anträge zur Verbesserung des Fahrplans und zu einer stärkeren Berücksichtigung Karlsruhs im Eisenbahnverkehr...

Auf Anregung des Verkehrsvereins wurde im Frühsommer 1950 in Marzell eine Verkehrsgemeinschaft für das Albthal gebildet...

Vorsitzender Dr. Ball schloß die Versammlung mit Worten des Dankes für das der wiedergewählten Leitung des Verkehrsvereins bekundete Vertrauen...

Offene Stellen beim Arbeitsamt

- 1 Laborant, 1 Rasterphotograph, 1 Kleider-Tapezierer und Dekorationsmeister, 1 Kleiderfärber, 5 Dreher, 6 Mechaniker, 3 Werkzeugmacher für Meßwerkzeuge...

Vier Schweinchen blieben auf der Strecke

Ein kurioser Verkehrsunfall ereignete sich in Bergausen, indem sich der Anhänger eines Motorrades, der mit vier Einlegeschweinchen beladen war, löste und selbständig machte...

FC Südsterm — Phönix Karlsruhe 1:6

Anläßlich seines 45jährigen Jubiläums verpflichtete Südsterm Phönix am Mittwochabend als Jubiläumsgegner. Etwa 1000 Zuschauer wohnten dem Spiel bei...

Finanzielle Hilfe für deutsche Olympia-Expedition

Der deutsche Sport bereitet sich nach der Wiederaufnahme in das Internationale Olympische Komitee nunmehr mit allem Ernst auf die Olympischen Spiele 1952 in Helsinki und Oslo vor...

Eine besondere Mitgliederwerbung der Deutschen Olympischen Gesellschaft soll weiterhin neue Kräfte mobilisieren. Bisher liegt die Mitgliederzahl noch unter 2000...

WIRTSCHAFT

Butterabsatz rückläufig

Aus Süddeutschland werden teilweise beträchtliche Rückgänge im Vollmilch- und Butterverkauf gemeldet. Dies hat die Bundesregierung erhöhten Preise zurückzuführen...

Die Besserung der DM

Die Besserung des nichtamtlichen internationalen D-Markkurs hat in den letzten Tagen angehalten. Zürich meldete zuletzt 91,50 Fr. für 100 DM...

Zuckerpreis in der Schwebe

Die vom Bundesernährungsministerium vorgelegten Zuckerordnungen sind im Kabinett auf unerwartete Meinungsverschiedenheiten gestoßen...

Der neue Abgabepreis der Zuckerfabriken erreichte sich aus dem erhöhten Zuckerrohpreisen, den gestiegenen Produktionskosten...

Margarinesubventionen bald unnötig

In Kreisen der Bundesregierung rechnet man auf Grund der Preisentwicklung der Rohstoffe mit einem weiteren Abbau der Margarine-Subventionen...

Ende des Woll-Boms

Der Woll-Bom ist für die australischen Schafhalter vorüber, mindestens aber unterbrochen. Die Spekulation habe durch den Preisrückgang...

Allgemeiner Bardepotzwang aufgehoben

Der interministerielle Einfuhrausschuß hat am Montag beschlossen, auf die Bestellung des Bardepots bei Einfuhranträgen im allgemeinen zu verzichten...

Die Gesetzen ohne Niederlage

Die zehn Gesetzen des Herren-Einzels haben in Wimbledon programmgemäß die zweite Runde erreicht. Zu kämpfen hatte neben Drobny, der von Cramm schlug...

Kreuz und quer durch alle Sportarten

Der ADAC gibt seiner Überzeugung Ausdruck, daß bereits im Verlaufe der nächsten Monate mit dem DMV neue Vereinbarungen getroffen werden können...

Bobo Kraft betreut KfV in Berlin

Da KfV zur Zeit noch ohne Trainer ist, kamen die Vereinsleitungen von Phönix und KfV erfreulicherweise überein, für das Endspiel den Trainer auszuheilen...

ADAC kündigt OMK-Statut

Der Allgemeine Deutsche Automobilclub (ADAC) hat das Statut der obersten Motorsportkommission sowie alle sonstigen Vereinbarungen bezüglich Gründung und Fortbestand der OMK...

Frankreichs Leichtathleten gewinnen im Brüsseler Heysel-Stadion den Länderkampf gegen Belgien

Man rechnet mit einer Summe von etwa 2000 DM pro Kopf, die sich aus rund 700 DM für die Reise, 500 DM für Kleidung und etwa 30 DM Aufenthaltskosten pro Tag in Helsinki zusammensetzen...

Europa ohne persisches Öl

Im Hinblick auf die Entwicklung in Persien erkläre die „Financial Times“ (28. Juni), daß die Ölkonzernern ernsthafte Überlegungen anstellen müssen, wie sie in Zukunft ohne die 22 bis 24 Millionen t persischen Erdöls auskommen würden...

Im letzten Jahr entsprach die Erhöhung des Öl-Verbrauchs allein der Gesamtzerzeugung der Raffinerie von Abadan, und nach gegenwärtigen Schätzungen wird eine Verbrauchssteigerung in diesem Jahr in gleicher Höhe eintreten...

Steuerschraube ohne Ende

Zwischenzeitlich hat jedoch das Parlament weitere Ausgaben gebilligt, für die noch keine Deckung vorhanden ist. Es handelt sich einmal um die Einbeziehung der Landwirtschaft in die Dieselmotorensteuer...

Wirtschaftsnotizen

Im Mai wurden im Bundesgebiet 53 093 neue Kraftfahrzeuge erstmals zum Verkehr zugelassen gegenüber 54 213 im April.

Die NSU-Werke wollen die Produktion der Autocar, mit der sie in Deutschland an der Spitze stehen, weiter steigern...

Die Rührchemie AG, Oberhausen-Holten, will größere Teile ihrer Fischer-Tropsch-Anlage, in der bis zum Erlaß der alliierten Produktionsverbote synthetische Kohlenwasserstoffe hergestellt wurden...

Im Rahmen der sozialen Rentenversicherung wurden im Jahre 1950 insgesamt 3,3 Mrd. DM an Renten aufgewendet...

Der Deutsche Forstwirtschaftsrat hält einen jährlichen Import von rund einer Million m³ G-Rohholz für notwendig...

Die Zuckerproduktion in Kuba betrug nach dem Stande vom 15. Juni insgesamt 5,57 Mill. Longtons...

Die USA-Zeitungen werden nach einer Schätzung der Regierung in diesem Jahr voraussichtlich 23 000 Tonnen mehr Zeitungspapier als im vergangenen Jahr benötigen...

Die USA-Automobilindustrie wird im dritten Quartal dieses Jahres 1 200 000 Fahrzeugen herstellen dürfen...

DER SPORT

Rund um den Robinson-Kampf / Das Ausland spricht von Lynchjustiz

Viel Aufregung verursachte der unerwartete Ausgang des Boxkampfes zwischen Robinson und Gerhard Hecht in der Berliner Waldbühne. Daß der Weltmeister die Nierengegend des Deutschen getroffen hat, ergab die ärztliche Untersuchung...

Finanzielle Hilfe für deutsche Olympia-Expedition

Der deutsche Sport bereitet sich nach der Wiederaufnahme in das Internationale Olympische Komitee nunmehr mit allem Ernst auf die Olympischen Spiele 1952 in Helsinki und Oslo vor...

Eine besondere Mitgliederwerbung der Deutschen Olympischen Gesellschaft soll weiterhin neue Kräfte mobilisieren. Bisher liegt die Mitgliederzahl noch unter 2000...

Die Gesetzen ohne Niederlage

Die zehn Gesetzen des Herren-Einzels haben in Wimbledon programmgemäß die zweite Runde erreicht. Zu kämpfen hatte neben Drobny, der von Cramm schlug...

Kreuz und quer durch alle Sportarten

Der ADAC gibt seiner Überzeugung Ausdruck, daß bereits im Verlaufe der nächsten Monate mit dem DMV neue Vereinbarungen getroffen werden können...

Bobo Kraft betreut KfV in Berlin

Da KfV zur Zeit noch ohne Trainer ist, kamen die Vereinsleitungen von Phönix und KfV erfreulicherweise überein, für das Endspiel den Trainer auszuheilen...

ADAC kündigt OMK-Statut

Der Allgemeine Deutsche Automobilclub (ADAC) hat das Statut der obersten Motorsportkommission sowie alle sonstigen Vereinbarungen bezüglich Gründung und Fortbestand der OMK...

Frankreichs Leichtathleten gewinnen im Brüsseler Heysel-Stadion den Länderkampf gegen Belgien

Man rechnet mit einer Summe von etwa 2000 DM pro Kopf, die sich aus rund 700 DM für die Reise, 500 DM für Kleidung und etwa 30 DM Aufenthaltskosten pro Tag in Helsinki zusammensetzen...

Europa ohne persisches Öl

Im Hinblick auf die Entwicklung in Persien erkläre die „Financial Times“ (28. Juni), daß die Ölkonzernern ernsthafte Überlegungen anstellen müssen, wie sie in Zukunft ohne die 22 bis 24 Millionen t persischen Erdöls auskommen würden...

Steuerschraube ohne Ende

Zwischenzeitlich hat jedoch das Parlament weitere Ausgaben gebilligt, für die noch keine Deckung vorhanden ist. Es handelt sich einmal um die Einbeziehung der Landwirtschaft in die Dieselmotorensteuer...

Wirtschaftsnotizen

Im Mai wurden im Bundesgebiet 53 093 neue Kraftfahrzeuge erstmals zum Verkehr zugelassen gegenüber 54 213 im April.

Die NSU-Werke wollen die Produktion der Autocar, mit der sie in Deutschland an der Spitze stehen, weiter steigern...

Die Rührchemie AG, Oberhausen-Holten, will größere Teile ihrer Fischer-Tropsch-Anlage, in der bis zum Erlaß der alliierten Produktionsverbote synthetische Kohlenwasserstoffe hergestellt wurden...

Im Rahmen der sozialen Rentenversicherung wurden im Jahre 1950 insgesamt 3,3 Mrd. DM an Renten aufgewendet...

Der Deutsche Forstwirtschaftsrat hält einen jährlichen Import von rund einer Million m³ G-Rohholz für notwendig...

Die Zuckerproduktion in Kuba betrug nach dem Stande vom 15. Juni insgesamt 5,57 Mill. Longtons...

Die USA-Zeitungen werden nach einer Schätzung der Regierung in diesem Jahr voraussichtlich 23 000 Tonnen mehr Zeitungspapier als im vergangenen Jahr benötigen...

Die USA-Automobilindustrie wird im dritten Quartal dieses Jahres 1 200 000 Fahrzeugen herstellen dürfen...

